

## 2. Teil

# Von der Propaganda zur Tat

### Das Leben in Lodz zwischen den Weltkriegen

Für Lodz bedeutete der Erste Weltkrieg vier Jahre deutsche Okkupation. Die gesamte Summe der Kriegsverluste in Lodz wurde auf etwa 500 Millionen Goldrubel geschätzt<sup>1</sup>. Rohstoffe, Garn- und Fertigwarenlager, Bankguthaben und Außenstände in Rußland, in Wertpapieren angelegte Kapitalien gingen verloren. Die Industrie wurde stillgelegt. Die Beschlagnahme sämtlicher vorhandener Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren, ferner der Motoren, Treibriemen und Maschinenteile aus Buntmetall, die Ausschlichtung aller industriellen Werte hatte die Wirtschaft geschädigt. Der Aufbau des neuen, unabhängigen Polen wurde durch die Kriegsfolgen doppelt erschwert.

Dazu kam der Verlust der Absatzmärkte im Osten. Zwar gelang es der Bevölkerung, 1919 bereits die ersten Betriebe wieder in Gang zu setzen und bis 1923 sogar die Produktionszahlen der Baumwollindustrie von 1914 zu überschreiten<sup>2</sup>, aber für das tägliche Leben fehlte es noch an allem. Der wirtschaftlichen Belebung in der Nachkriegszeit folgte in Lodz, wie überall in Europa, die Krise. Die Beschäftigtenzahlen sanken von 102 100 im Jahre 1923 auf 50 700 im Jahre 1925. Dem Aufschwung von 98 800 Beschäftigten im Jahre 1927 folgte in der Weltwirtschaftskrise 1931 der Rückgang auf 64 900<sup>3</sup>. Nur allmählich konnte sich die Textilindustrie in Lodz davon erholen. Die Beschäftigtenzahlen von 1934 wiesen darauf hin, daß der Tiefpunkt überwunden war. Mit einer Arbeiterschaft von rund 150 000 strebte die Textilindustrie einem neuen Höhepunkt zu. Die Wertsteigerung der Jahresproduktion auf eine Milliarde Zloty entsprach kaufkraftmäßig fast einer Milliarde Reichsmark. Es gab 5 000 Großbetriebe. Zahllose kleinere Betriebe waren meist in jüdischem Besitz. Aber auch die deutsche alte Handweberei war noch zu finden. Ihre Zunft hatte 500 deutsche Mitglieder. Sie arbeiteten zum Teil wie ihre Väter in kleinen Fabriken mit Arbeitern und Arbeiterinnen, die täglich acht bis neun Stunden an Handwebestühlen in niedrigen Räumen standen. Sie webten Tischdecken und Bettlaken. Andere Betriebe hatten ein ganzes System von Fabriken: eine Weberei, Spinnerei, Druckerei, Färberei, Bleiche, Appretur, Lagerei, mechanische Werkstatt, Stahlgießerei, ein Elektrizitätswerk und ein Maschinenhaus. Große Fabrikhallen, in denen ägyptische Baumwollballen verarbeitet wurden, lagen nebeneinander. Der Schriftsteller Alfred Döblin schrieb über den Produktionsablauf in diesen Fabriken: „Neue Schlagmaschinen teilen und reinigen ihn (den Baumwollballen) weiter, der Staub wird durch Siebtrommeln abgefangen. Jetzt haben

sie aus der Baumwolle ein breites Wattewickel gemacht. Das tun sie an Vorreißmaschinen, die Faserstränge ausziehen, kämmen, entwirren. Und das sind die lockeren runden Bänder, weiße Bänder, die wunderbar wie Riesenwürste in die Rundtöpfe steigen. Es ist alles auf Säle ausgedehnt, auf weite Stockwerke. Walzen pressen Bänder zu einer dicken Watte zusammen; das Vlies streckt man aus, die Fäden werden parallel gelegt: Dublieren. Sie machen so ein feines Band. Vorspinnarbeit: die Vorspinnmaschinen drehen Fäden um die eigene Achse, so daß sie fest werden; dann laufen die Fäden auf Spulen. Und das ist ein ungeheures Theater, wie das Vorgespinst gedreht wird, durch Spulenumlauf. Der Spulenwagen trägt die Spulen bis zu 120 Spulen. Dieser Anblick wird aber schwach vor dem der Selfaktorsäle. Garn wird gemacht: Fäden werden aus dem Fasergut gezogen, werden zusammengedreht, schraubenförmig, und gezogen. Da fahren Spindelwagen, mit schiefstehenden Spindeln bewehrt, auf Schienen hin und her. Es ist ein Streckwerk. Die Spindeln drehen sich, von ihrer Spitze gleitet das Garn ab auf das Spulengestell. Welch Raffinement von Erfindungen! ... Die Weberei verarbeitet die Garne. 120 000 Spindeln lassen sie laufen. Wie wenig Menschen in Riesensälen. Es funkelt vor Sauberkeit. Die langen Treibriemen in der Mitte, eine ganze sausende Allee. Vor dröhnenden Maschinen liegen die Wattleballen ... Überall die weißen Schläuche, die Bänder, die aus den Töpfen steigen. Die Säle vibrieren im Pfeifen und Rollen, auf Rädern gleiten die Wagen, still und lang ziehen sich die Fäden aus. Die Weberei, 3 000 Stühle.“ Döblin berichtet dann weiter, wie die Arbeiter in einem anderen Saal barfußig herumlaufen. „Es wird gewaschen, gekocht. Überall sehe ich Bänder, die man zieht, zwischen Rollen preßt. Die Leinenbänder werden getrocknet, gebleut, gelegt, über Walzen geplättet. Heizräume, Spannräume ... Gießerei, Tischlerei, Schmiede, Sägemühle. 400 Morgen Land gehören zu der Fabrik; sie haben eigene Ökonomie.“<sup>4</sup>

Die deutsche Wirtschaft war auch nach dem Krieg in Lodz in starkem Maße vertreten und verdiente gut. Es gab weiterhin eigene deutsche Schulen, Gymnasien und offizielle Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache. Die Zahl der Schüler, die deutschen Sprachunterricht wünschten, verminderte sich allerdings von Jahr zu Jahr. Von ungefähr einer halben Million Einwohnern in Lodz waren fast 100 000 Deutsche. „Unter sich sitzen die Deutschen, wie es sich gehört, in Vereinen zusammen. An die dreißig Stück gibt es. Sie bilden zwei Parteien: eine deutsch-bürgerliche, die ziemlich schwach und wenig rege ist, und eine soziale mit völkischem Einschlag, eine deutsche Arbeiterpartei.“<sup>5</sup> Die deutsche Arbeiterpartei hatte eine Arbeitsgemeinschaft mit der Polnischen Sozialdemokratischen Partei (PPS). Viele Deutsche waren Industrielle oder Besitzer mittelständischer Unternehmen. Sie wählten, wie Döblin schrieb, weder deutsch noch polnisch, sondern – einen Industriellen. Viele polnische Arbeiter wählten christlich-sozial oder christlich-demokratisch. Deutsche und Polen hatten als Katholiken ihren Bischof in Lodz. Sie alle lebten mehr oder weniger friedlich nebeneinander – die polnische, die deutsche und die jüdische Bevölkerung. Unter den 150 000–200 000 Juden in Lodz gab es ebenso Industrielle, Kaufleute und Handwerker wie unter den polnischen und deutschen „Lodzern“. Alfred Döblin, der Lodz zwischen den beiden Weltkriegen besuchte, berichtete darüber „... meine lieben Deutschen, meine lieben Juden, hier treffe ich euch nun nebeneinander. Welch sonderbare Situation! Ihr seid nun

beide Fremdvölker! Gleichberechtigt in der fehlenden Gleichberechtigung. Sieh da, kuriose Suppe. Ihr ähnelt euch sonst nicht sehr; ob ihr jetzt etwas aneinander findet – es braucht nicht gleich die Taufe zu sein, seitens der Juden, oder Tifillinlegen seitens der Deutschen ...“<sup>6</sup>

Die Modernisierung der Stadt begann 1925 mit dem Bau der Kanalisation. 1934 folgte der Bau einer Wasserleitung. 1931 hatten erst 8,5 % aller Wohnungen Elektrizität- und Wasseranschluß. Die Einwohnerzahl, während des Krieges fast auf die Hälfte zusammengeschrumpft, stieg in den Jahren von 1918 bis 1939 von 341 800 auf 672 000 und übertraf damit den Vorkriegsstand.

Die über einhundert Jahre währende Fremdherrschaft hatte nicht nur die ökonomischen Verhältnisse in den einzelnen Teilgebieten geprägt, sondern auch die Menschen. Obwohl sie ohne Rücksicht darauf, unter welcher Besatzung und Fremdherrschaft sie lebten, immer nach nationaler Unabhängigkeit, zum Teil unter größten Opfern, gestrebt hatten, war ihre Vorstellung von dieser Unabhängigkeit keineswegs die gleiche.

Pilsudski, Vertreter der rechten Sozialdemokratie (PPS), wurde 1918 erster Staatspräsident des unabhängigen Polen. Er versuchte, das Land im Interesse der polnischen Großbourgeoisie und Großgrundbesitzer zu führen. Dagegen hatten die Arbeiter unter dem Einfluß der russischen Oktoberrevolution ein provisorisches Revolutionskomitee als ihre Interessenvertretung gegründet. An seiner Spitze stand Julian Marchlewski, der bereits in Lodz die Arbeiterschaft organisiert hatte. Das Revolutionskomitee rief die Arbeiter und Bauern auf, sich von ihren Gutsbesitzern und Fabrikanten zu befreien. Aber der erhoffte Aufstand blieb aus. Ähnlich wie in Deutschland kam es im Dezember 1918 zur Gründung einer Kommunistischen Arbeiterpartei (KPRP), die den Kampf um Veränderung der sozialen und politischen Machtverhältnisse anstrebte. Pilsudski, der von Arbeiter- und Bauernräten genausowenig hielt wie Deutschlands neuer Reichspräsident, Friedrich Ebert, verband sich mit extrem nationalen Gruppen, die von einer Zusammenfassung aller slawischen Stämme träumten. Seinen Haß auf das zaristische Rußland übertrug er auf Sowjetrußland und beteiligte Polen an den Interventionskriegen der Westmächte. Am 18. März 1921 wurde der polnisch-sowjetrussische Krieg durch den Frieden von Riga beendet. Polen annektierte Ostgalizien, die Westukraine und Westbelorußland. Für die Westmächte war Pilsudski der Mann, der Polen als Wall gegen den Bolschewismus aufbauen sollte. So wurde Polens ökonomischer Nachholbedarf weniger auf den modernen technischen Aufbau des Landes gelenkt, als auf die Expansion nach Osten – gegen die Sowjetmacht. Doch die Mehrheit des Volkes entschied sich bei den Wahlen zum polnischen Parlament (Sejm) im November 1922 gegen Pilsudski, der zurücktreten mußte. Diese Entwicklung paßte weder den polnischen Generalen noch den Nationalisten. Der neue Präsident Narutowicz wurde wenige Tage nach seinem Amtsantritt angeblich von einem „Fanatiker“ ermordet. Die Generale riefen den Belagerungszustand aus. Eine Übergangsregierung unter General Sikorski sorgte für „Ruhe und Ordnung“. Innenpolitische revolutionäre Kämpfe wurden niedergeschlagen. Im Oktober 1923 rief die Kommunistische Arbeiterpartei Polens (KPRP, ab 1925 KPP) in Oberschlesien einen Generalstreik aus. Aber nur die Eisenbahner, die Warschauer Arbeiter und die Textilarbeiter von Lodz folgten dem Aufruf. Die Regierung verhängte den Ausnahmezustand. Der Streik scheiterte. Es kam zu

Machtverhältnissen, die – wie in Deutschland – einer zukünftigen Diktatur Vorschub leisteten.

Außenpolitische Aufgabe wäre es gewesen, den Staat gegen das Deutsche Reich abzusichern, das nach dem Krieg zwar eine Republik wurde, in der es aber immer noch starke Kräfte gab, die sich trotz aller Verträge nicht mit den Gebietsverlusten abfinden wollten. Für sie wurde der um diese Zeit noch kaum bekannte Adolf Hitler der Mann, der die Revision der Grenzen und den neuen „Griff nach der Weltmacht“ mit allen Mitteln durchsetzen würde.

Im Mai 1926 konnte Pilsudski, gestützt auf eine Gruppe junger, ehrgeiziger Offiziere, durch einen Staatsstreich die Macht wieder an sich reißen und eine Militärdiktatur errichten. Während er in der Folgezeit durch Nichtangriffspakte mit der Sowjetunion und Deutschland versuchte, sein Land außenpolitisch abzusichern, verstärkten sich im Innern des Landes faschistische Tendenzen.

Diese Entwicklung kam auch jenen zugute, die sich als Hitlers „fünfte Kolonne“ verstanden. Kreise, wie sie sich früher um Eichler und seine „Deutsche Post“ in Lodz gesammelt hatten, fanden sich nun an anderer Stelle zusammen. Es gab eine Lodzener deutsche Zeitung und ein spezielles Lodzener Deutsch. Und es gab deutschen Nationalismus und Antisemitismus. Alfred Döblin berichtete darüber: „Da gehe ich über den Damm in der Petrikauer Straße. Und gerade – mein Dämon führt mich – stoße ich auf eine Buchhandlung, eine deutsche . . . Zwei Schaufenster hat der Buchladen; das polnische mit seinen Hieroglyphen lasse ich. Dann zwei Schritt links ‚Die Sünde wider das Blut‘ . . . Und da sehe ich – das Hakenkreuz auf dem Umschlag, und der Name eines deutsch-völkischen Agitators steht darüber. Seine Evangelien! Seine! Ja, das ist gut, nun bin ich im Bilde, nun ist Ordnung im Schaufenster . . . Teure Heimat sei begrüßt . . . Wie ist es mit der interessanten Situation der Deutschen und Juden. Sie werden fünf Schritt zusammengehen. Aber ich glaube, es ist nichts mit dem Tifillinlegen der Deutschen.“<sup>7</sup>

Nur ein Buch im Schaufenster? Dahinter steckte mehr als primitiver Antisemitismus. Polens „Drang nach Osten“ unter Pilsudski war nichts anderes als der antikommunistische Feldzug Hitlers unter dem Zeichen des Hakenkreuzes. Beiden ging es um Land und Bodenschätze. Die Juden spielten dabei vorerst nur die Rolle des Prügelknaben. Von Völkermord wollte damals noch keiner etwas hören. Die nach 1934 von Pilsudski eingeleitete Annäherung Polens an das faschistische Deutschland wurde nach seinem Tode (12. Mai 1935) von seinen Nachfolgern fortgesetzt. Letztlich wirkte sie sich als Begünstigung des Überfalls Nazideutschlands auf Polen aus.

## Das Verhältnis Polen – Weimarer Republik

Aus der Sicht des wiedererstandenen Polen wurden mit Ende des Ersten Weltkrieges die ihm zurückerstatteten Gebiete dem Polentum gerettet, darunter Pommerellen (ohne Danzig), die Provinz Posen und ein Teil Schlesiens. Die deutschen Großraumpolitiker aber wollten sich nicht damit abfinden. 1922 erklärte General von Seeckt: „Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands. Es muß verschwinden und wird ver-

schwinden.“<sup>1</sup> Der amerikanische Historiker Shirer schrieb dazu in seinem Buch „Aufstieg und Fall des Dritten Reiches“: „Die Deutschen übersahen oder wollten wohl übersehen, daß der größte Teil des in Versailles den Polen zugesprochenen deutschen Gebietes bei den Teilungen Polens von Preußen annektiert worden war. Er wurde immer noch weitgehend von Polen bevölkert.“<sup>2</sup>

Aus der Sicht deutscher Nationalisten und Revanchisten, aber auch amtierender Politiker, handelte es sich bei den abgetrennten Gebieten um „urdeutsches“ Land, das es galt zurückzuholen. Inzwischen begann die deutsche Bevölkerung aus diesen Gebieten abzuwandern. Von rund 1,1 Millionen Deutschen, die in Posen und Westpreußen ansässig waren, kehrten bis 1922 rund zwei Drittel<sup>3</sup> „heim ins Reich“. Kenner der Verhältnisse hatten bereits davor prophezeit, daß beim Fortfallen der bisher geübten Praxis künstlicher Subventionen und Stützung des Ostmarkendeutschtums eine Abwanderung einsetzen würde. Sogar der deutsche militärische Überleitungskommissar in Posen bezeichnete am 11. Juli 1919 die „panikartige Flucht“ vieler Deutscher als „eine Folge des Ostmarkenbeamtensystems, das zur Unselbständigkeit erzog“<sup>4</sup>.

Auf der einen Seite versuchten amtliche preußische und deutsche Politiker und nationalpolitische Führer des Deutschtums, in Posen und Westpreußen deutsche Minderheiten-Organisationen ins Leben zu rufen, auf der anderen Seite wurde die „Flucht“ durch Entschädigungen, die das Reich den „Flüchtlings“ zahlte, begünstigt. Der größte Teil der kleinen Leute ging wie üblich leer aus. Sie durften für Polen optieren oder nach Deutschland umsiedeln. Mit ihren polnischen Nachbarn hatten sie friedlich zusammengelebt. Jetzt wurde die Folge verfehlter Ostpolitik von Kaiser und Reich auf ihrem Rücken ausgetragen. Die im Zuge der Ostmarkenpolitik als völkischer „Vorposten“ angesiedelten Beamten und Grundbesitzer dagegen gaben gegen gute Entschädigung ihr „Heimatgefühl“ zu dem Land leicht auf, in das ihre Politiker sie geschickt hatten. Ihre Haltung schwächte allerdings die Revisionsansprüche und stärkte das polnische Argument von den „unzähligen überflüssigen“ Deutschen, die aus dem preußischen Staatsfonds genährt und durch ihn demoralisiert worden seien. Sie würden jetzt „das Weite suchen“, da die Favorisierung durch die Regierung zu Ende sei.<sup>5</sup>

Die Propagandisten in Deutschland stellten dagegen die Abwanderung als Folge der „Drangsalierungen deutscher Menschen“ dar. Die Grenzziehung und ihre Folgen wurden benutzt, Emotionen gegen Polen hochzuspielen. Die Tränen des großen Krieges waren noch nicht getrocknet, als die rechte Presse das Schicksal der „kleinen Leute“ im Zeitungskrieg gegen Polen ausschlachtete.

Das Verlangen nach Revision der deutschen Ostgrenze blieb unverändertes Axiom deutscher Politik der Weimarer Zeit. Die Nichtanerkennung der Grenze verhinderte normale staatliche, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zwischen Deutschland und Polen. Die Außenpolitik Stresemanns hatte Deutschland mit der Unterzeichnung des „Locarno-Paktes“ einseitig an den Westen gebunden. Warnungen vor schlimmeren Folgen solcher Ostpolitik wurden nicht beachtet. Ernst Thälmann, Abgeordneter der Kommunistischen Partei, erklärte am 24. November 1925 im Reichstag: „Was hier von der deutschen Bourgeoisie im Stillen organisiert wird, kann morgen zu einem ungeheuren blu-

tigen Abenteuer werden. Die deutschen Arbeiter müssen achtgeben, daß die Versuche der deutschen Bourgeoisie zur Rückeroberung der verlorengegangenen Ostprovinzen nicht die Einleitung zum nächsten Krieg bedeuten.“<sup>6</sup> Aber verantwortliche Politiker wie der Außenminister Stresemann gaben sich der Hoffnung hin, Polen würde bald einem innerpolitischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch erliegen, aus dem Deutschland seinen Nutzen ziehen könne. 1926 erklärte Stresemann deshalb, es sei anzustreben, „eine endgültige und dauerhafte Sanierung Polens solange hinauszuschieben, bis das Land für eine unseren Wünschen entsprechende Regelung der Grenzfrage reif und bis unsere politische Machtstellung genügend gekräftigt ist“. Eine Lösung der Grenzfrage sei nicht zu erreichen, „ohne daß die wirtschaftliche und finanzielle Notlage Polens den äußersten Grad erreicht und den gesamten polnischen Staatskörper in einen Zustand der Ohnmacht gebracht hat“<sup>7</sup>.

Vielleicht hoffte Stresemann, Polen auf diese Weise ohne Krieg die deutschen Grenzvorgaben aufzwingen zu können. General Seeckt dagegen, erster Militär der Weimarer Republik, dachte noch immer an eine kriegerische Lösung der sogenannten „polnischen Frage“. Er hatte schon Ende 1915 einen der weitestgehenden Vorschläge zur Annexion des polnischen Grenzstreifens gemacht.

Sechzehn Jahre später sah man ihn als Reichstagsabgeordneten der Deutschen Volkspartei auf dem Treffen der Harzburger Front! Sein Übergang vom Kaiserreich zum Dritten Reich entsprach seinen Plänen – warum sollte er sich ändern angesichts der Position, die ihm die Weimarer Republik gab? Schließlich war nur der Kaiser gegangen, die Generäle und alle, die dem Kaiserreich treu geglaubt hatten, waren geblieben. Nach dem Tode des ersten sozialdemokratischen Reichspräsidenten, Friedrich Ebert, war sogar der alte Generalfeldmarschall Hindenburg zu seinem Nachfolger gewählt worden.

Ohne moralische oder christliche Skrupel steuerten Deutschlands Regierende das nächste rollback an, obwohl nicht zu übersehen war, daß sich innenpolitisch das Chaos ausbreitete. Zahlreiche Veröffentlichungen rechtsextremistischer und völkisch-rassentheoretischer Schriften sowie revanchistische Programme halfen dabei und bereiteten den Boden vor, auf dem Hitler die imperialistische Ostpolitik Deutschlands fortsetzen konnte. Alfred Rosenberg, der nicht nur als Parteiideologe, sondern damals auch als außenpolitischer Experte der NSDAP hervortrat, schrieb 1927 in „Der Zukunftsweg der nationalsozialistischen Außenpolitik“: die „Schaffung einer gemeinsamen Grenze“ zwischen Deutschland und der Ukraine sei „völkisch und staatliche Notwendigkeit für eine deutsche Politik“, durch die auch die „Wegräumung des polnischen Staates“ erreicht werden würde<sup>8</sup>. Und der damals von den meisten Menschen kaum ernst genommene Hitler schrieb 1928<sup>9</sup> unter anderem eine „Kritik“ der preußischen Ostmarkenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg. Dabei sah er vor, unter seinen Umständen die Polen mit der Absicht zu „annektieren“, um „aus ihnen eines Tages Deutsche machen zu wollen“. Man müsse „entweder diese rassisch fremden Elemente abkapseln ... oder ... sie überhaupt kurzerhand entfernen und den dadurch freigewordenen Grund und Boden den eigenen Volksgenossen überweisen“. In seinem Buch „Mein Kampf“ sprach er – wie seine Vorgänger – von der „Germanisierung des Bodens“ als dem einzig wirksamen Mittel, um eine dauerhafte nationale Expansion durchzusetzen. Damit sprach er das aus,

was die offizielle Politik noch nicht wieder zu sagen wagte. Die Verwirklichung irrationaler Hoffnungen wurde wieder einmal zur fixen Idee deutscher Politiker, von der der englische Diplomat Bruce Lockhart sagte: „Die deutsche Republik krankte im Hinhalten von Hoffnungen.“<sup>10</sup>

In den wieder polnisch gewordenen „Ostprovinzen“ wurden diese Hoffnungen vor allem bei deutschen Lehrern, Beamten und Pensionären illegal finanziell und moralisch unterstützt, wenn sie bereit waren, im Osten „auszuhalten“ – auch wenn sie die polnische Staatsbürgerschaft annehmen mußten. Tarnorganisationen wie die Deutsche Stiftung entwickelten ein System finanzieller Unterstützung aus Reichs- und preußischen Staatsmitteln, das sich unter anderem auf das deutsche Schul- und Vereinswesen erstreckte, auf Subventionierung der deutschen Presse in Polen, um sie wirtschaftlich gegen polnische Eingriffe zu sichern und gleichzeitig besser im Griff deutscher außenpolitischer Interessen zu haben.

Polnische Politiker versuchten ihrerseits, eine Polonisierung der Gebiete zu erreichen. Mit Hilfe des polnischen Agrarreformgesetzes vom 28. Dezember 1925 zur staatlichen Parzellierung von Großgrundbesitz über 150 Hektar hofften sie, die deutschen Großgrundbesitzer zu verdrängen, und durch wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Boykott deutsche Kaufleute und Unternehmer zur Abwanderung zu veranlassen. Aber gegenüber der vom Völkerbund unterstützten kulturellen und wirtschaftlichen Förderung deutscher Minderheiten waren sie hilflos.

So wurden die deutschen Ansprüche auf Grenzrevision „volkstumpolitisch“ untermauert, bis man die imperialistischen Ziele beim Namen nennen konnte. In einer Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom 14. Juli 1928 heißt es: „Die Reichsregierung hat es stets als eine wesentliche Aufgabe unserer Außenpolitik betrachtet, mit allen Mitteln das heute noch in den abgetretenen Gebieten ansässige Deutschtum zu erhalten, da dies die Voraussetzung für eine günstige Lösung der Korridor- und der oberschlesischen Frage ist.“<sup>11</sup>

Unter diesem Aspekt stand auch die deutsche Minderheitenfrage, von der der französische Delegierte Bérenger während einer Minderheitendebatte am 6. Oktober 1932 im Völkerbund bemerkte: Unter dem Vorwand des Schutzes der Minderheiten sei einst auch Katharina II. nach Polen einmarschiert, die Folge davon sei die Teilung Polens gewesen.<sup>12</sup>

## Hitler und die Polen

Am 30. Januar 1933 hatte mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler die letzte Stunde der Weimarer Republik geschlagen. Bald darauf wurde jede Opposition mit bisher nicht gekannter Brutalität zerschlagen. Die nationalsozialistischen Machthaber konnten mit der Verwirklichung ihrer in Hitlers Buch „Mein Kampf“ sehr deutlich angekündigten Pläne beginnen.

Bereits am 2. März 1933 machte der Deutsche Ostbund eine entsprechende Eingabe an Hitler, in der die Erwartung ausgesprochen wurde, daß die Reichsregierung „... die tatkräftige Vertretung der Forderung auf Abänderung der

Ostgrenze und Rückgabe des uns geraubten Gebietes...<sup>1</sup> anstrebe. Am 7. April 1933 erklärte Hitlers Außenminister, Freiherr von Neurath, in einer Sitzung des Reichskabinetts: „Unser Hauptziel bleibt die Revision der Ostgrenze. Nur eine totale Lösung kommt in Frage. Zwischen- und Teillösungen sind abzulehnen ... Eine Verständigung mit Polen ist weder möglich noch erwünscht. Die Spannung mit Polen muß aufrecht erhalten werden, und sei es nur, um zu verhindern, daß das Interesse der Welt an einer Revision der deutsch-polnischen Grenze abstirbt.“<sup>2</sup>

Diese Einstellung gegenüber den Grenzregelungen des Versailler Vertrages entsprach durchaus der Haltung der Regierungen der Weimarer Republik, die sich auf die Dauer nicht mit den Gebietsverlusten an Polen abfinden wollten. Sie ignorierten ganz einfach die Tatsache, daß es sich bei den Verlusten durch Grenzkorrekturen hauptsächlich um Gebiete gehandelt hatte, die einstmals von Preußen annektiert worden waren. Doch das Naziregime stand erst am Anfang seines Weges. Es war bestrebt, zunächst aus der außenpolitischen Isolierung herauszukommen, bei gleichzeitiger Durchsetzung seiner Ziele.

Polen, das unter Pilsudski von einem diktatorischen Regime beherrscht wurde, war einer Annäherung an das nationalsozialistische Deutschland nicht abgeneigt. Im September 1933 konferierte Goebbels mit dem polnischen Außenminister, Oberst Beck, über eine Beendigung des deutsch-polnischen Zeitungskrieges. Die propagandistischen Friedensbeteuerungen Hitlers häuften sich. Als Pilsudski im November 1933 Garantien forderte, erhielt er zur Antwort: „Der Reichskanzler erklärt, daß alle Angriffe seiner Politik widersprächen und daß ein Krieg eine Katastrophe für alle wäre. Jeder Krieg könne nur den Kommunismus nach Europa bringen, der eine furchtbare Gefahr darstelle. Polen aber sei ein Vorposten gegen Asien. Der Reichskanzler greift den Gedanken auf, daß jede Kriegsmöglichkeit aus den polnisch-deutschen Beziehungen ausgeschlossen bleiben muß, wobei er bemerkt, daß diesem Gedanken in der Form eines Vertrages Ausdruck gegeben werden könnte.“<sup>3</sup>

Am 16. Januar 1934 wurde der auf 10 Jahre befristete deutsch-polnische Nichtangriffspakt geschlossen, der für beide Teile verbindlich den Verzicht auf jeden Angriffskrieg erklärte. Damit war für das Dritte Reich gleichzeitig die außenpolitische Isolierung an wesentlicher Stelle durchbrochen. Am 5. November 1937 folgte die gemeinsame deutsch-polnische Erklärung über den Schutz der beiderseitigen Minderheiten. Eingeweihte Kreise allerdings wußten, was Hitler bereits Ende Oktober 1933 im engsten Vertrautenkreis erklärt hatte: Er sei bereit, alle Grenzen zu garantieren, und Nichtangriffspakte, mit wem auch immer, zu schließen, denn es sei einfältig, sich solcher Mittel nicht zu bedienen, nur weil man später eventuell einmal in die Lage komme, feierliche Abmachungen zu brechen.<sup>4</sup> Diese Meinung vertraten auch die damaligen deutschen Ostforscher. Die Norddeutsche Forschungsgemeinschaft zum Beispiel erklärte in einem „vertraulichen Bericht“, Verträge im Osten seien „nur bedingt heilig“ und „wir dürfen unser Geschichtsbild nicht zertrümmern aus irgendwelchen politischen Rücksichten“, die Gegnerschaft sei gegenüber Polen im Grunde „unverändert“. Shirer interpretierte den deutsch-polnischen Pakt als große Hilfe für Hitler bei seinem Vorhaben, das Rheinland, Österreich und die Tschechoslowakei zu besetzen. „All diese Schritte, die Deutschland stärkten, den Westen schwächten und den Osten bedrohten, betrachteten Beck und die

anderen Obersten in Warschau mit Wohlwollen: eine unerklärliche Blindheit.“<sup>5</sup> Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß Polen durchaus ein Interesse an der Bedrohung der Sowjetunion hatte. Polens Beziehungen zur Sowjetunion waren seit seinem Angriffskrieg 1920 auf das durch Weltkrieg und Bürgerkrieg geschwächte Land durchweg schlecht gewesen. Polen hatte seine Ostgrenze auf Kosten der Sowjetunion um 240 km über die ethnographische Curzon-Linie hinaus erweitert. 4,5 Millionen Ukrainer und 1,5 Millionen Weißrussen waren unter polnische Herrschaft geraten.

Als Pilsudski, der Polen diktatorisch regiert hatte, 1935 starb, setzte eine Obristengruppe aus seiner ehemaligen Polnischen Legion die Militärdiktatur fort. Ihre Außenpolitik unter Oberst Beck wurde zunehmend prodeutsch, verstärkt durch die sich fortsetzende antisowjetische Haltung. Als dann die nationalsozialistischen Truppen am 15. März 1939 die Slowakei „zum Schutze ihrer Selbständigkeit“ und Böhmen und Mähren besetzten, war Polen nicht nur im Norden, in Pommern und Ostpreußen, sondern auch im Süden, in der Slowakei, von der deutschen Wehrmacht flankiert. Seine militärische Position war unhaltbar geworden. Am 31. März 1939 kündigte Hitler den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt von 1934.

Hitler vertrat seine Forderung, daß Danzig und der sogenannte polnische Korridor „heim ins Reich“ gehöre, immer aggressiver, aber er beabsichtigte noch nicht – wie General von Brauchitsch, der Oberbefehlshaber des Heeres, jedenfalls notierte, „die Danziger Frage“ gewaltsam zu lösen. „Ich möchte Polen dadurch nicht in die Arme Englands treiben“<sup>6</sup>, schrieb er. Und weiter: „Eine in naher Zukunft erfolgende Lösung müßte besonders günstige politische Voraussetzungen haben. Polen soll dann so niedergeschlagen werden, daß es in den nächsten Jahrzehnten als politischer Faktor nicht mehr in Rechnung gestellt zu werden braucht. Der Führer denkt bei dieser Lösung an eine vom Ostrand Ostpreußen bis zur Ostspitze Schlesiens vorgeschobene Grenze.“<sup>7</sup> Wie Brauchitsch sehr wohl wußte, handelte es sich bei dieser Grenze um die durch Versailles beseitigte deutsche Ostgrenze der Vorkriegszeit, als es noch kein selbständiges Polen gab.

Öffentlich erklärte Hitler allerdings noch immer: „Deutschland denkt nicht daran, andere Völker anzugreifen.“<sup>8</sup> Er kündigte sogar an, seinen Parteitag 1939 „Parteitag des Friedens“ zu nennen. Inzwischen wurde hinter den Kulissen der sogenannte „Fall Weiss“ vorbereitet, der den militärischen Überfall auf Polen festlegte. Das Ziel: ... die polnische Wehrkraft zu zerschlagen und eine „den Bedürfnissen der Landesverteidigung entsprechende Lage im Osten zu schaffen“.

Die Aufgaben der Wehrmacht: „... die polnische Wehrmacht zu vernichten. Hierzu ist ein überraschender Angriffsbeginn anzustreben und vorzubereiten.“<sup>9</sup> In einer Ansprache, die Hitler am 22. August 1939 auf dem Obersalzberg vor der dorthin bestellten Generalität hielt, sagte er: „So habe ich meine Totenkopfverbände bereitgestellt mit dem Befehl, umbarmherzig und mitleidlos Mann, Weib und Kind polnischer Abstammung und Sprache in den Tod zu schicken. Nur so gewinnen wir den Lebensraum, den wir brauchen.“<sup>10</sup> William L. Shirer, der sich nach der Besetzung der Tschechoslowakei durch deutsche Truppen in Polen befand, um zu untersuchen, wie die Polen politisch und militärisch auf diesen deutschen Angriffskrieg reagieren würden, schrieb

später darüber: „Soweit zu erkennen war, wollten die Polen kämpfen, doch befanden sie sich militärisch und politisch in katastrophaler Lage. Ihre Luftwaffe war veraltet, ihre Armee zu schwerfällig und ihre strategische Position – auf drei Seiten von den Deutschen umgeben – fast hoffnungslos. Zudem hatten die Deutschen ihren Westwall verstärkt, was eine englisch-französische Offensive im Falle eines Angriffs auf Polen außerordentlich erschwerte. Schließlich war es offenkundig, daß die starrsinnigen polnischen ‚Obersten‘ selbst dann keine russische Hilfe annehmen würden, wenn die Deutschen vor den Toren Warschaws stünden ...“<sup>11</sup>

Inzwischen hatten zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion Verhandlungen über ein Bündnis gegen die Expansionsbestrebungen Hitlers stattgefunden. Polen sollte an diesem Bündnis teilhaben und den Russen ein Durchmarschrecht durch Polen gestatten. Oberst Beck lehnte das ab. Seine Haltung verzögerte die Verhandlungen der Großmächte. Am 23. August 1939 unterzeichnete Stalin den deutsch-russischen Nichtangriffsakt.

## Die Faschisten kommen

Am 1. September 1939, um 6 Uhr morgens, wurde in Lodz zum erstenmal Fliegeralarm gegeben. Er dauerte bis 8.30 Uhr. Während die Lodzer kaum wußten, was eigentlich geschah, fielen in Warschau die ersten Bomben. Im Schlaf wurden Menschen getroffen, die nicht wußten, daß der Krieg ausgebrochen war... Kurz danach überschritten deutsche Truppen die polnische Grenze.

Die da einmarschierten ahnten kaum, daß Hitler und seine Generale mit diesem Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg auslösten. Es waren Söhne deutscher Arbeiter und Bauern in der Uniform der Hitler-Wehrmacht. Sie glaubten, einer vaterländischen Pflicht zu genügen, wenn sie blind den Befehlen ihrer Führer folgten. Sie hatten nie gelernt, die ökonomischen Interessen des imperialistischen Monopolkapitals zu durchschauen. Ihr Vaterland war zwar ein moderner Industriestaat mit einer starken Arbeiterbevölkerung und einer traditionsreichen Arbeiterbewegung, aber das hatte sie und ihre Väter nicht gegen die Verlockungen der modernen Verführer gefeit. Sie wollten nicht glauben, daß das nationalsozialistische Regime Krieg bedeute. Und die, die es ihnen warnend gesagt hatten, waren längst in den Konzentrationslagern der Diktatur verschwunden. Große Teile des deutschen Volkes erkannten nicht, daß ihre Arbeit für die Rüstung zwar jenen Profite brachte, die immer daran verdient hatten, ihnen selbst aber alles nehmen würde: Das Dach über dem Kopf, das Familienleben, die Ruhe und Ordnung, nach der sie sich sehnten, die Sicherheit und schließlich das Leben. Sie glaubten, was der erste Wehrmachtsbericht am 1. September 1939 verkündete: „Auf Befehl des Führers und Obersten Befehlshaber hat die Wehrmacht den aktiven Schutz des Reiches übernommen. In Erfüllung ihres Auftrages, der polnischen Gewalt Einhalt zu gebieten, sind Truppen des deutschen Heeres heute früh über alle deutsch-polnischen Grenzen zum Gegenangriff angetreten. Gleichzeitig sind Geschwader der Luftwaffe

zur Niederkämpfung militärischer Ziele in Polen gestartet. Die Kriegsmarine hat den Schutz der Ostsee übernommen.“<sup>1</sup>

In den Abendstunden des 8. September erschienen die ersten Patrouillen der 8. Deutschen Armee in Lodz und besetzten das Hauptpostamt.<sup>2</sup> Am 9. September erfolgte der Einmarsch der Einheiten dieser Armee. Um diese Zeit lebten in Lodz ca. 700 000 Menschen, darunter 69 465 Volksdeutsche, 361 358 Polen, 227 067 Juden und Angehörige anderer Völker.<sup>3</sup> In ihr gemeinsames Leben brach nun, kaum 21 Jahre nach Beendigung des Ersten Weltkrieges, der deutsche Faschismus ein und veränderte das Leben der Stadt, die den größten Anteil deutscher Bevölkerung in Mittelpolen beherbergte. Sie war, das zeigte allein schon die große Anzahl deutscher Verbände, auch zwischen den Weltkriegen Zentrum der Wojewodschaft für die deutsche politische und kulturelle Tätigkeit geblieben.

Der größte Teil der Verbände war bereits vor Kriegsbeginn nazistisch unterwandert. Aus ihnen rekrutierte sich sofort ein bewaffneter „Selbstschutz“, der zum erstenmal in der Stadt in jener Nacht vom 8. zum 9. September auftrat und in den ersten Monaten nach der Besetzung eine wesentliche Rolle bei der Eskalation der Terrorismethoden spielte<sup>4</sup>.

Die polnische und jüdische Bevölkerung wehrte sich wie in anderen Städten verzweifelt gegen den Überfall der deutschen Truppen. Spontane Kundgebungen fanden statt, die zur Selbsthilfe aufriefen. Männer, Frauen und Kinder waren bereit, den Feind zurückzuschlagen. Gold- und Kupfermünzen wurden für den Krieg gesammelt. Gewerkschaften, Arbeiter einzelner Betriebe, Innungen und Vereine, der polnische Schützenverband, die polnischen Pfadfinder, hoben geschlossen Luftschutzgräben aus. Der größte Teil der Volksdeutschen aber begrüßte jeden Fliegeralarm „genauso freudig, wie die Ankündigung des Führers, daß ‚Gewalt nun mit Gewalt beantwortet‘ werde“<sup>5</sup>.

Als es hieß, Hitler komme anlässlich einer Frontbesichtigung auch nach Lodz, avancierten viele Volksdeutsche zur „Hilfspolizei“. Mit Hakenkreuzarmbinde, Zivilanzug und umgehängtem Gewehr assistierten sie, wie der „Selbstschutz“, der deutschen Polizei, der SS und der Wehrmacht. Sie bekamen Macht und „übten“ sich auf „die Juden“ ein, die nun unter ihrem Befehl die Straßen wieder befahrbar machen mußten, die Hitler benutzen sollte. Im typisch antisemitischen Jargon berichtete die Presse, wie „hunderte Juden, zum Teil noch mit dem Kaftan bekleidet und die schmierigen ostjüdischen Käppchen auf dem Kopf, damit beschäftigt sind, die Straße zuzuschütten und sie wieder befahrbar zu machen. Volksdeutsche Hilfspolizei überwacht ihre Arbeit – die erste produktive Arbeit, die diese Ostjuden in ihrem Leben leisten.“<sup>6</sup>

Als Hitler dann die zweitgrößte Stadt Polens besuchte, war das Straßenbild bereits beherrscht von Deutschen. Aus vielen Wohnungen, von Volksdeutschen belegt, wehten Hakenkreuzfahnen. Volksdeutsche Anhänger der Nationalsozialisten sorgten für Wochenschau-Begeisterung, die deutsche Presse war beherrscht vom Siegestaumel. „Die Volksdeutschen können es gar nicht fassen, daß der Führer, auf den sie seit so vielen Jahren vertrauten, nun wirklich unter ihnen weilt – wurde doch Lodz erst am Wochenende von deutschen Truppen genommen. Hell tönen die Heilrufe in den Straßen, die der Führer durchfährt. Die Gesichter der Deutschen von Lodz leuchten vor Freude und Ergriffenheit, die Arme steigen zum Gruß empor – vergessen sind in diesem Augenblick die

unermesslichen Qualen zweier Jahrzehnte: Der schönste Augenblick ihres Lebens ist da.“<sup>7</sup>

Für die Reporter schien das Lodzer Gebiet „ein Bild des Friedens“. Wie das Bild wirklich aussah, zeigen andere Berichte, die von großen Zerstörungen, von dem Widerstandskampf der Polen sprechen und davon, daß ganze Straßenzüge in anderen Städten der Wojewodschaft Lodz in Schutt und Asche gelegt worden waren, während Lodz unzerstört blieb.

Inzwischen waren den Truppen der Wehrmacht bereits die „Männer der Partei“, die gefürchteten Einsatzgruppen der SS, gefolgt. Am 11. September traf der Stab der Einsatzgruppe III mit seiner Operations-Abteilung Einsatzkommando 1/III ein und begann mit den Vorbereitungen zu größeren terroristischen Aktionen gegen die polnische und jüdische Bevölkerung.<sup>8</sup>

Als Hitler am 20. September 1939 von Danzig aus seinen „Dank an die Soldaten“ aussprach, war der „Blitzkrieg“ in Polen zwar beendet – der Weltkrieg aber hatte begonnen. Hitler erklärte: Das Polen von Versailles wird niemals mehr auferstehen ... Das Reich von heute und der Staat von 1918 sind grundverschieden. Jeder Gegner treffe nunmehr auf ein Deutschland friderizianischen Geistes und solle wissen, daß „wir für unsere Lebensrechte kämpfen werden bis zum letzten“<sup>9</sup>. Welche Rolle dabei dem einzelnen zugedacht war, geht aus dem Kommentar hervor den die „Armee Nachrichten“ am 21. September veröffentlichten: „Das neue Deutschland ist vom Geist des Führers erfüllt und marschiert in friderizianischer Haltung, daß heißt ohne Rücksicht auf privates Wohlergehen, Opfer, Leben oder Sterben des einzelnen, fanatisch nur ein Ziel im Auge habend: den Sieg!“

## Lodz wird „eingedeutscht“

Am 24. September 1939 veranstaltete der deutsche Bevölkerungsteil von Lodz eine „Befreiungskundgebung“<sup>1</sup>, zu der mit den Worten aufgerufen wurde: „Deutsche! Der Führer hat uns freigemacht! Das Großdeutsche Reich hat uns in seinen Schutz genommen“<sup>2</sup>. Am 9. November 1939 wurde die Stadt dem „Großdeutschen Reich“ eingegliedert. Gauleiter und Reichsstatthalter Greiser vollzog den Akt, Gauinspekteur und Regierungspräsident Uebelhoer legte das „Treuegelöbnis zu Führer und Vaterland“ ab. Kurz darauf folgten die ersten Nominierungen in Lodz. Mit Wirkung vom 13. November 1939 wurden auf Vorschlag SS-Gruppenführers Lorenz in die SS übernommen: der Führer des Deutschturns im ehemaligen Mittelpolen, Ludwig Wolff, als SS-Obersturmbannführer; Eugen Nippe, Funktionär im „Deutschen Volksverband“ Lodz bis 1939, als SS-Hauptsturmführer; Heinrich Boltz als SS-Obersturmführer. Ihre Übernahme in so hohe SS-Ränge war der Dank für die Rolle, die die Volksdeutschen bei der Vorbereitung des Überfalls auf Polen gespielt hatten. Ludwig Wolff wurde sehr bald erster Kreisleiter der Partei in Lodz und Eugen Nippe Führer des Selbstschutzes.<sup>3</sup>

Inzwischen war auch der „neue Herr des Hauses am Freiheitsplatz“, Parteigenosse Schiffer, als erster kommissarischer Oberbürgermeister eingesetzt worden.<sup>4</sup> Zu den „dringlichsten Aufgaben der Stadtverwaltung“ gehöre, so erklärte

er, daß Lodz nun „ein deutsches Antlitz“ erhalte: „Es wird ein deutscher Stadtkern geschaffen, in dem Volksdeutsche und Baltendeutsche eingesiedelt werden“, die Industrie soll verlagert werden, Neubauten an die an „friderizianische Klassik“ erinnernden Bauten aus Lodz’ „guter Zeit“ angelehnt werden; Repräsentativbauten entstehen: Rathaus, Haus der NSDAP, Polizeipräsidium, Stadtkommandantur und – „jeder Arbeiterfamilie ihre Dreizimmerwohnung“.<sup>5</sup> Um überhaupt auseinanderhalten zu können, wer „deutsch“ ist, begann man mit der Kennzeichnung der Einwohner: als Volksdeutsche, Polen und Juden. Erste Gesetze und Verordnungen wurden erlassen, Kundenlisten eingeführt, Reichsmarkwährung, Regelung von Dienstverhältnissen. Es wurden Überwachungsstellen eingerichtet – für Edelmetalle, Seide, Kunstseide, Zellwolle und – für Menschen.

Schließlich leitete man die Umbenennung der Stadt ein, weil den neuen Herren der Name Lodz zu „slawisch“ klang. (Im Schriftbild hatten sie ihn bereits „verdeutsch“ als Lodsch.) Sie begann mit einer „Volksbefragung“: „Wie soll Lodsch heißen?“<sup>6</sup> Polen, Juden und die Angehörigen anderer Völker, die alle Lodzer Bürger waren, zählten bereits nicht mehr zum „Volk“ dieser Stadt. Am 12. April 1940 verkündeten die Lautsprecher: „Lodz heißt fortan Litzmannstadt.“ In der Sporthalle wurde von Volks- und Reichsdeutschen eine Massenkundgebung inszeniert, auf der Greiser erklärte, daß „von dieser Sekunde an Lodsch den Namen des Generals Litzmann, des Führers in der Durchbruchsschlacht von Brzeziny und des nationalsozialistischen Vorkämpfers“ trage. „Lodsch gibt es nicht mehr. Es gibt nur noch Litzmannstadt ... So wissen wir, daß diese Entscheidung unumstößlich ist und für alle Zukunft gilt.“<sup>7</sup>

Auf „Befehl des Führers“ hieß Lodz nun „Litzmannstadt“, und alle, die an das glaubten, was man ihnen vorsetzte, marschierten – vorerst nur in die Sporthalle. Gemeinsam schickten sie ein „Danktelegramm an den Führer“: „In Ausführung Ihres Befehls soeben in Ihrem Auftrag der von deutschen Handwerks-pionieren gegründeten und von deutschen Arbeitern und Kaufleuten besiedelten großen Industriestadt Lodsch den Namen Litzmannstadt gegeben ...“<sup>8</sup> Wie makaber und zynisch der Jubel der Volksdeutschen in den Ohren der dort beheimateten Polen und Juden klang, darüber dachten wohl die wenigsten nach. Die Volksdeutschen hofften auf ein besseres Leben für sich, ohne zu fragen, auf wessen Kosten ...

Den Polen war die Rolle der Arbeitssklaven zugedacht. Am 31. Oktober 1939 fand in Lodz eine Konferenz statt, an der höchste Staatsfunktionäre teilnahmen wie unter anderen Reichsminister Seyss-Inquart, Reichshauptamtsleiter Dr. Frauendorfer und Oberregierungsrat Leutert. Vorerst wollte man „zumindest während der Aufbauzeit“ nicht auf die polnische Arbeitskraft verzichten. Bedenken, daß ihre Anwesenheit der Erhaltung Polens dienen könne, wurden mit den Worten zerstreut, der Nationalsozialismus hätte die genügende Kraft in sich, „dieser Gefahr von vornherein zu begegnen und die Polen nur als dem Deutschturn dienende Kräfte zu halten“. Es bestünde keinesfalls die Gefahr, wie im kaiserlichen Deutschland, daß „eine polnische Unterwanderung eintrete“.<sup>9</sup>

Die „Eindeutschung“ begann mit der Beseitigung der polnischen Verwaltung, mit der „stufenweisen Zurückdrängung des polnischen Einflusses“ und mit der

„Ausschaltung“ der Juden aus dem Geschäftsleben. Bald wurden die Polen aus dem Landkreis genauso von Haus und Hof vertrieben wie ihre Landsleute aus den Mietskasernen der Stadt. Viele wurden als Zwangsarbeiter nach Deutschland deportiert, wo Konzernherren nach Fremd- und Zwangsarbeitern verlangten, die ihren Profit erhöhten. Aus dem Tagebuch von Hans Frank geht hervor, daß sie ganze Belegschaften aus ihren sogenannten Zweigwerken in Polen nach Deutschland verschleppten.<sup>10</sup> Die Zellwoll AG Schwarza holte sich polnische Arbeitskräfte genauso aus ihrem Zweigwerk „Zellgarn AG Litzmannstadt“, wie die deutsche Zellwollindustrie sich Zwangsarbeiter aus der Lodz-er Textilindustrie „organisierte“. Bis 1942 hatte der sogenannte „Litzmannstädter Raum“ über 100 000 Polen als Zwangsarbeiter an das „Altreich“ abgegeben, darunter Tausende von Facharbeitern. Die meisten von ihnen sahen ihre Heimat nie wieder.

Andere Einwohner aus Lodz wurden aufgrund von Denunziationen dort lebender Volksdeutscher inhaftiert und in dem zum „Polizeigefängnis Rade-gast“ umgewandelten Fabrikgebäude im Vorort Radogoszcz festgehalten. Dieses Gefängnis, das den Charakter eines Konzentrationslagers besaß, stand unter Verwaltung der SS und Gestapo. Ihre Häftlinge – in der Mehrheit Polen – wurden später nach Auschwitz und in andere Lager gebracht oder in den Luc-mierskie- und Chelmsnie-Wäldern exekutiert. Als sich Anfang 1945 die russi-schen Truppen der Stadt näherten, zündeten die fliehenden Nationalsozialisten in der Nacht vom 17. zum 18. Januar 1945 das Gebäude mit den darin eingesperrten Häftlingen an und schossen auf die aus den Fenstern des brennenden Hauses springenden Opfer. Nur wenigen Häftlingen gelang es, ihr Leben zu retten.<sup>11</sup>

## Die Nachfolger der „Väter von Lodz“

Die deutsche Wirtschaft begann ihren Raubzug in Polen nach dem Muster der „Arisierung“ in Deutschland. Am 12. November 1938 erklärte Göring in einer Besprechung zur sogenannten „Judenfrage“ unter Bezug auf den Beschluß, „die deutsche Wirtschaft zu arisieren, den Juden aus der Wirtschaft herauszu- und in das Schuldbuch hineinzubringen“, es müßten „endlich Schlag auf Schlag die notwendigen Maßnahmen zur Arisierung der Wirtschaft“ getroffen werden. Konkret forderte er, jüdische Geschäfte durch Treuhänder des Staates abschät-tigen zu lassen, wobei der Betrag „selbstverständlich an sich schon möglichst überführen, wobei „ein Aufschlag zu erzielen sei!“ Mit kleineren und mittleren Fabriken sollte ähnlich verfahren werden. Dabei sollte geprüft werden, ob die Fabrik überhaupt gebraucht werde oder ob man nichts anderes daraus machen könne. Göring erklärte: „Wenn die Fabrik notwendig ist, wird sie arisiert. Wenn sie nicht notwendig ist, werden ihre Anlagen jener Aktion zur Verfügung gestellt, die ich sowieso in den nächsten Wochen durchführen muß, nämlich der Aktion zur Umwandlung von nicht lebensnotwendigen Produktionswerk-fabriken in lebenswichtige. Dazu werde ich noch sehr viel Raum und sehr viele Fabriken brauchen.“<sup>12</sup>

Die Entscheidung darüber, was „lebensnotwendig“ war und was nicht, traf letzten Endes die Rüstungsindustrie. Ihre Monopole hatten sich seit langem mit der faschistischen Macht vereinigt. Ihre Vertreter, als „Betriebsführer“ bereits zu unumschränkten Herrschern in den Betrieben gemacht, bekleideten mehr und mehr wichtige Positionen auch in anderen staatlichen Bereichen. Ab De-zember 1937 waren etwa 400 führende Monopolvertreter zu Wehrwirtschafts-führern ernannt worden.<sup>2</sup> Ihr besonderer Auftrag war die ökonomische Kriegs-vorbereitung, zu der die Sicherung der Rohstoffversorgung gehörte. Die Be-mühungen waren besonders auf die Versorgung mit Treibstoffen, Gummi, Ei-senerzen, Textilrohstoffen, Leichtmetallen, Fetten, usw. gerichtet. Die Roh-stoffbewirtschaftung wurde eingeführt; staatliche Rohstoffreserven wurden ange-legt. Um auf der Grundlage neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse die eigene Rohstoffproduktion zu erweitern (Kohleverflüssigung, Buna-, Zellwollproduk-tion usw.), ging man daran, entsprechende neue Kapazitäten zu schaffen.<sup>3</sup> Nach dem Überfall auf Polen holte man sich Raum, Bodenschätze, Fabriken und Rohstoffe bei dem östlichen Nachbarn. Am 15. September 1939 erhielt Frank als Hauptvollstrecker und Bevollmächtigter den Auftrag, „die Verwal-tung der eroberten Ostgebiete aufzunehmen, mit dem Sonderbefehl, diesen Be-reich auszupowern . . . in seiner wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, politi-schen Struktur zu einem Trümmerhaufen zu machen.“<sup>4</sup> Die Rauferei zwischen den Nazi-Organisationen um fremden Besitz begann bereits während des Über-falls. Jeder nahm sich, was er konnte, bevor am 4. November 1939 der soge-nannte Beauftragte des Generalgouvernements für die besetzten Gebiete die Bekanntgabe der Lagerbestände verlangte. Am 28. November 1939 folgte ein Erlaß des Ministerpräsidenten, Generalfeldmarschall Görings, als „Vorgesetz-ter des Ministerrates für die Verteidigung“ über die Zuständigkeit für Beschlag-nahmen. Jetzt galt noch mehr, was Göring bereits 1938 gesagt hatte: „Je größer, umfangreicher und gewinnbringender das Unternehmen ist, desto stärker wird sich der Drang auch all der Herren Gauleiter und Statthalter von den verschiedenen Seiten bemerkbar machen, in den Besitz der Anteile zu kommen.“<sup>5</sup>

Am 8. Oktober 1939 unterzeichnete Hitler einen Erlaß über „Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete“, der die Einverleibung von fast 50 % des von den Faschisten besetzten Teiles Polens in das deutsche Reich vorsah. Damit vollzog er die Einverleibung der reichsten Gebiete Polens. Das bedeutete den Raub der landwirtschaftlich wertvollsten Böden sowie sämtlicher industrieller Gebiete Vorkriegspolens. Die ökonomischen Hintergründe waren offensichtlich und wurden durch die nachträgliche Einbeziehung der Textilstadt Lodz in die „ein-geliederten Gebiete“ betont.<sup>6</sup> Die östlichen und südöstlichen Randgebiete des früheren Lodz-er Textilbezirkes – Tomaszow und Petrikau – blieben im soge-nannten Generalgouvernement. Die „Auspowern“ der Textilstadt Lodz be-gann mit der Aneignung sämtlicher Vorräte an Rohstoffen und Fertigwaren. Die Juden wurden aus ihren Betrieben und aus dem Geschäftsleben der Stadt vertrieben. Treuhänder übernahmen, was sie bekommen konnten, zwecks spä-terer Überführung in „arischen“ Besitz. Der Einfluß der polnischen Bevölke-rung sollte vorerst nur zurückgedrängt werden, um „angesichts der außeror-dentlich geringen Zahl ortsansässiger deutscher Kaufleute die Schulung der neuen Geschäftsinhaber oder kommissarischen Verwalter“ erst durchzuführen.<sup>7</sup>



Die riesigen Vorräte der Textilindustrie an Fertigwaren waren bald verkauft. Die Industrie mußte noch während des „Blitzkrieges“ die Arbeit wieder aufnehmen. Die Spinnstoffbewirtschaftung wurde in dem nun zum „Großdeutschen Reich“ gehörenden „Warthegau“ eingeführt. Sämtliche Vorräte an Wolle und Baumwolle und noch verbliebene Fertigwaren wurden der „gesamtdeutschen Wirtschaft“ zugeführt. Am 26. Januar 1940 wurde eine Meldepflicht von Behördenaufträgen an die Textilindustrie eingeführt. Wehrmarchtaufträge, Aufträge der SS und sonstiger Formationen, SA, Polizei, Eisenbahn, Post und aller anderen Behörden konnten nun nur noch angenommen werden, wenn die Rohstoffe von dem Beauftragten für die Rohstofffassung freigegeben wurden.<sup>8</sup>

Am 25. November 1939 hatte bereits in Posen eine Besprechung unter Leitung des SS-Sturmabführers Rapp über die Behandlung jüdischer und polnischer Vermögenswerte stattgefunden, die „im Zuge der Evakuierungsmaßnahmen zu Gunsten des Reiches“ verfielen.<sup>9</sup> In Anwesenheit des Vertreters der Treuhandstelle Ost, Bankdirektor Ratzmann, wurde erörtert, wie die politischen Maßnahmen der Evakuierung mit den Erfordernissen der Wirtschaft in Einklang gebracht werden könnten. Die Abschreibungsaktion sollte auf keinen Fall Störungen im Wirtschaftsleben mit sich bringen. Dabei bat Rapp die Vertreter der Wirtschaft, „laufend diejenigen Personen namhaft zu machen, die augenblicklich aus dem Wirtschaftsprozeß noch nicht herausgenommen werden können“.<sup>10</sup>

Im April 1940 besuchte Staatssekretär Dr. Landfried Lodz und bekundete das außerordentliche Interesse der Großindustrie an den wirtschaftlichen Verhältnissen im „Litzmannstädter“ Raum, über die er auch „Reichsmarschall“ Göring berichten sollte.<sup>11</sup> Der Präsident der Industrie- und Handelskammer, Dr. Karl Weber<sup>12</sup>, hielt einen Vortrag über die Entwicklung und Bedeutung der Textilindustrie des Raumes, bevor man gemeinsam die Textilbetriebe der Vereinigten Industriewerke von Scheibler-Grohmann AG besichtigte und sich mit „hiesigen Industriellen“ traf.<sup>13</sup> Im November 1940 sprach Staatsrat Dr. Schieber über die zukünftigen Aufgaben der Deutschen Zellstoff- und Zellwollindustrie. Die Hauptversammlung der „Thüringischen Zellwolle AG Schwarza (Saale)“ beschloß die Ausschüttung einer Dividende von unverändert 5 v. H. auf das Grundkapital<sup>14</sup> und hoffte auf größere Geldgeschäfte. Die „Thüringische Zellwoll AG Schwarza“ arbeitete zusammen mit der Alfalint-Edelzellstoff GmbH in Peschelmühle, der Westfälischen Zellstoff AG in Wildhausen und der Schwäbischen Zellwolle AG in Ehingen (Donau). Die enge Zusammenarbeit mit der Zellwolle- und Papierfabrik Lenzig AG in Agerzell – einem Unternehme, das seinen damaligen Bedarf an Zellulose für die Zellwollerzeugung in eigener Fabrikation in veredeltem Zustand herstellte – sollte der Thüringischen Zellwolle helfen, auch für Schwarza veredelte Zellulose in Zukunft einzusetzen. „Die Ausweitung der deutschen Zellwollindustrie ist außerordentlich“<sup>15</sup>, hieß es.

Eine entscheidende Rolle dabei spielte Lodz. Pläne wurden gemacht, die an die Stelle der „einseitig entwickelten Wirtschaft eine vielseitig, standortgemäße Wirtschaft“<sup>16</sup> vorsahen, deren Kräfte sich im Herzen des Raumes, in Lodz, sammeln, gleichzeitig aber den ganzen Raum organisch entfalten sollten. Das Programm sah vor:

1. Die allgemeinen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen sollen so beschaffen sein, daß „der Deutsche hier tatsächlich Wurzel schlagen kann“,<sup>17</sup>
2. sollten Grundbedingungen geschaffen werden, die das Entstehen einer neuen Landwirtschaft, einer neuen Industrie, neuen Handels und Handwerks ermöglichen.

Das Ziel war alt: „Der Raum soll deutsches Land werden“, formulierte kurz und bündig Wehrwirtschaftsführer Dr. Weber. Der Weg dahin war genauso wenig neu: Der Raum soll mit deutschen Menschen „aufgefüllt“ vereinheitlicht und mit dem „Großdeutschen Reich verschmolzen“ werden. „Will man eine das Land im Osten eindeutende Siedlung durchführen, so muß man sich darüber klar sein, daß das nur möglich ist, wenn sich die dort angesetzten deutschen Menschen wohlfühlen“<sup>18</sup>, hieß es. Welche Gefühle die Einwohner des Landes bewegten, interessierte die Eroberer und Neuordner genauso wenig wie ihre Vorfahren.

Für die Polen sahen sie die Rolle der Arbeitssklaven vor. Am 31. Oktober 1939 fand in Lodz eine Konferenz, die Arbeitspflicht der Polen betreffend, statt, an der unter anderen Reichsminister Dr. Seyss-Inquart, Reichshauptamtsleiter Dr. Frauendorfer und Oberregierungsrat Leutert teilnahmen.<sup>19</sup> Generalgouverneur Frank ordnete an, daß die Entlohnung der Arbeitspflichtigen nicht nach den normalen Grundsätzen erfolgen dürfe. Außerdem sollte das polnische Recht in Fragen der Arbeitslosenunterstützung außer Kraft gesetzt werden. Bald folgte die Aufhebung der zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeberverbänden erkämpften Tarifverträge. Jetzt entschied nur noch der Reichstreuhand der Arbeit. Im übrigen dachte man nur daran, „zumindest während der Aufbauzeit“ nicht auf polnische Arbeitskräfte zu verzichten. Die Tarifänderung vom 11. Dezember 1939<sup>20</sup> galt außer für technische und kaufmännische Angestellte für alle „Gefolgschaftsmitglieder“ in Betrieben der Baumwolle, Baumwollabfall, Streichgarn- und Kammgarnspinnereien, Wollkämmereien, Appreturanstalten und Bleichereien. Betriebe, in denen Strick- und Wirkwaren oder Strumpfe hergestellt wurden, sollten später eine Regelung erhalten. Die Arbeitszeit wurde auf 48 bis 60 Stunden festgesetzt. Dabei wurde propagandistisch alles getan, den Arbeitern einzureden, es handle sich um Verbesserungen, zum „Schutz der Beschäftigten“, die auch das Versprechen einschließen würden, daß diese Arbeitsbedingungen „auch für Krisenzeiten gültig“ seien. Im Wirtschaftsteil der „Lodscher Zeitung“ zum Neujahrmorgen 1940 konnte man lesen: „Die Lodscher Wirtschaft hat die Gewißheit, daß sie leben wird, das Lodscher Deutschtum die Sicherheit seiner freien Entwicklung und seiner wirtschaftlichen Existenzmöglichkeit.“ Und in Erinnerung an den Ersten Weltkrieg, dessen Folgen Warnung genug hätten sein müssen, sich nicht wiederum auf diesem Polen gehörenden Boden niederzulassen, versprach man: „Im Gegensatz zu damals wird keine Stilllegung deutscher Betriebe erfolgen, sondern sie haben trotz Rohstoffknappheit die Möglichkeit, ihre Arbeit fortzusetzen.“ Die „nationalsozialistische Wirtschaftsführung“ wolle Spindeln und Webstühle „für Großdeutschland wieder surren und klappern“ lassen, unter „deutscher Leitung“ an „deutschen Maschinen“ mit „deutschen Betriebsführern“.  
Dementsprechend wurden bald alle Kleinst- und Mittelbetriebe, die man ihren jüdischen Besitzern weggenommen hatte, zusammengefaßt und deutschen Un-

ternehmern übergeben. Das nannte man „auch den kleinen deutschen Unternehmern und Handwerkern eine gesunde Existenzgrundlage“<sup>21</sup> schaffen. Große Geschäfte versprach man unter anderem baltendeutschen Industriellen. Im August 1940 kamen 50 Industrielle, Umsiedler aus Estland und Lettland, zur Besprechung mit der Deutschen Umsiedler-Treuhand-Gesellschaft nach Lodz. Vorausgegangen waren gründliche Untersuchungen ihrer wirtschaftlichen Chancen. SS-Hauptsturmführer Scheffe hatte bereits im Januar festgestellt, „daß die wirtschaftlichen Aussichten in Lods auf längere Sicht bedeutend besser sind als in Posen und anderen Städten des Warthegaues, besonders was die Großindustrie betrifft“<sup>22</sup>. Voraussetzung für die Ansiedlung von Baltendeutschen sei allerdings „eine sehr großzügige und zweckentsprechende Behandlung der Wohnungs- und Lohnfragen“. Auf jeden Fall glaube er, nachdem er die wirtschaftlichen Möglichkeiten in Lodz kennengelernt habe, „daß es nicht nur möglich sein wird, sondern daß es sogar zwecks Festigung des Deutschtums unbedingt notwendig ist, eine recht große Zahl von Baltendeutschen hier anzusiedeln, und zwar fachlich und charakterlich gutes Material.“<sup>23</sup> Ob Baltendeutsche, Polen, Wolhynier, sogenannte Reichsdeutsche oder Juden – für die Wirtschaft blieb es „Material“, das nur so lange von Interesse war, wie sich daran verdienen ließ. Dementsprechend wurde „aussortiert“. Eine dafür geschaffene Stelle bei dem „SS- und Polizeiführer Warthe“ zur „Festigung des deutschen Volkstums“, hatte die Aufgabe, die ökonomischen Interessen der Industrie wahrzunehmen. Dazu gehörte sowohl die Vertreibung jüdischer und polnischer Familien aus ihren Wohnungen wie die Ansiedlung Baltendeutscher in Lodz, die vorher auch noch einer „rassischen Musterung“ unterzogen wurden.

Am 12. Februar 1940 wurde eine Verordnung erlassen, nach der „alle land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und Grundstücke, die in den eingegliederten Ostgebieten liegen und am 1. September 1939 nicht im Eigentum von Personen deutscher Vokszugehörigkeit gestanden haben, der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen“.<sup>24</sup> Zur Durchführung wurde eine „Ostdeutsche Landbewirtschaftungsstelle mbH (Ostland)“ in Berlin gegründet und zum Generalverwalter für die nach der Verordnung öffentlich zu bewirtschaftenden Betriebe und Grundstücke bestellt. Sie setzte sogenannte Betriebsleiter ein und in Betrieben, die aufgrund der „Verordnung über Sicherstellung des Vermögens des ehemaligen polnischen Staates“ vom 15. Januar 1940 beschlagnahmt waren, kommissarische Verwalter. Später sollten sogenannte Rücksiedler „in den später von ihnen zu erwerbenden Grundbesitz oder Gewerbebetrieben als Treuhänder eingesetzt“ werden. Das Grundstückseigentum oder der gewerbliche Betrieb sollte später auf sie übertragen werden.<sup>25</sup> So wurde allen alles versprochen, und viele hofften, daß unrecht erworbenes Gut in alle Ewigkeit ihr Eigentum bleiben würde. Am 31. August 1940 nahm Gauleiter und Reichsstatthalter Greiser an der ersten Aufsichtsratssitzung der Siedlungsgesellschaften teil. Am 8. September 1940 stellte der Landrat von „Litzmannstadt“ fest: „Auf dem Lande sind zahllose ehemals polnische Wirtschaften in deutschen Händen. Überall in den Städten haben die Rückwanderer aus Wolhynien und Galizien, dem Baltikum und dem Altreich polnische Betriebe übernommen. Die Judenfrage ist weitgehend gelöst . . . Der polnische Schmutz ist deutscher Sauberkeit gewichen.“<sup>26</sup> Er und seinesgleichen waren stolz auf dieses „deutsche Gesicht“ der Stadt.

Ein Jahr nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Lodz verkündete der Präsident der Industrie- und Handelskammer „Litzmannstadt“, Dr. Karl Weber: „Vor einem Jahr fand das über ein Jahrhundert lang weit draußen im östlichsten Raum gleichsam wie auf einer Insel lebende und ausharrende deutsche Volkstum durch den Führer seine nie berechnete, aber wohl verdiente Belohnung für die innere Treue . . . Es wurden von ihnen nicht nur Fabriken errichtet, sondern auch Straßen und Eisenbahn, Gas- und Elektrizitätswerke, deutsche Kirchen und Schulen, Krankenhäuser, Theater und Vereinshäuser, deutsche Heime und damals schon Arbeiterwohnungen . . . Der Nationalsozialismus brachte völlig neue politische, soziale und wirtschaftliche Formen der Staatsführung.“ Wie neu diese Formen waren, zeigt die historische Entwicklung der Stadt von Lodz bis „Litzmannstadt“. Sie begannen mit der Beseitigung der polnischen Verwaltung, mit der „stufenweisen Zurückdrängung des polnischen Einflusses“, mit der „Ausschaltung der Juden aus dem Geschäftsleben“, mit der „Vertreibung aus tausenden Fabriken und sonstigen Geschäftsräumen“.<sup>27</sup> Sie setzten sich fort mit der Aneignung jüdischen und polnischen Vermögens, der Evakuierung der polnischen Bevölkerung, der Gettoisierung der jüdischen Polen bis zur Vernichtung und Ausrottung eines Teils der Einwohner dieser Stadt, dieses Bezirkes, dieses Landes.

Getreu dem Vorbild deutscher Kolonisationsbestrebungen preußischer Könige wurde wieder einmal geworben: „Schwabensiedler in den Osten“<sup>28</sup>. Der Reichsnährstand beabsichtigte, aus Baden mindestens 60 000 Familien und aus Württemberg 50 000 Familien auszusiedeln, um in Polen „gesunde Besitzverhältnisse zu schaffen“. Insgesamt sollten weit über 100 000 Familien in den „Freiteilungsgebieten verfügbar werden, wenn die Gesamtgesundheit dieser Gebiete erreicht werden soll“<sup>29</sup>. Dabei war nicht einmal klar, wo die Ansiedlung der „freiwerdenden“ Familien im Osten erfolgen sollte. Klar war nur, daß es sich um „gesunde, rassisch wertvolle und beruflich tüchtige Familien“ handeln müsse, „die eine sichere Gewähr bieten, daß sie im Osten bewußte Kämpfer für das Deutsche Volkstum werden“.<sup>30</sup> Ziel war „nicht nur deutsche Bauerngäue im Osten, sondern auch wiedergeborenes Bauerntum im Westen“!

Sowohl die vertriebenen Polen wie die Deutschen, die an ihre Stelle gesetzt werden sollten, wurden zu Objekten eines unmenschlichen Gesamtprogramms. Während Lebensmittel und Textilien für die Bevölkerung mehr und mehr rationiert wurden, Rüstung und Krieg das Volksvermögen auffraßen, wurden großartige Pläne gemacht, die fehlenden überseeischen Rohstoffe durch Rohstoffgewinnung im „Litzmannstädter Raum“ zu ersetzen. Das Zauberwort dieser Zeit hieß „Zellwolle“. Zwei Zellwoll-Erzeugungsstätten standen bald zur Verfügung – die Kunstseidenfabrik in Tomaszow und die „Zellgarn AG Litzmannstadt“ – deren Hauptaufgabe während des Krieges die Erzeugung von Erntebindegarn wurde. Diesen Zellwollwerken sollten Zellulosefabriken vorge-schaltet werden. Das infolge der Waldarmut des Gebietes fehlende Holz wollte man durch „künftig gerade im Warthegau anfallendes Kartoffelkraut als Rohstoff für die Zellstoffwerke“ ersetzen. Das nannte man „Verbindung zwischen Landwirtschaft und Textilindustrie hergestellt“.<sup>31</sup>

Als besonders zukunftsreich wurde die Erzeugung von Flockenbast gepriesen, einer Bastfaser, die durch Herauslösung der Pflanzenleime mittels chemischen Verfahrens in ihre Elementarfasern zerlegt wird. Dieses in Lodz während des

Krieges entwickelte Verfahren basierte auf Ölfachs als Rohstoff. So plante man den Anbau von Ölfachs in der Hoffnung, die Ölproduktion zu steigern und gleichzeitig einen neuen Textilrohstoff zu gewinnen. Dabei versprach man sich, daß der „Litzmannstädter Flockenbast eine mit Baumwolle verspinnbare Leinenfaser von ausgezeichneten textilen Eigenschaften“ würde. „Es werden bereits heute mehrere tausend Hektar Ölfachs im Warthegau und in Danzig-Westpreußen angebaut, deren Stroherträge ausschließlich der Litzmannstädter Industrie zur Verfügung stehen. Für die kommenden Jahre wird es ein Mehrfaches sein“<sup>32</sup>, erklärte der zum „Wehrwirtschaftsführer“ avancierte Professor Dr. Weber 1942. Für wen der Wehrwirtschaftsführer und Präsident der „Wirtschaftskammer Litzmannstadt“ die solchermaßen aus Flockenbast und anderen Nebenprodukten des Ölfachs, wie „Holzteichen“, gemanschte Zellwolle vorsah, zeigt sein Vorschlag zur „Verwendung bei Herstellung von Waren, wie Militärunterkunftswäsche oder eines haltbaren Arbeiterkleiderstoffes, der insbesondere für die Ostarbeiter verwendet wird“<sup>33</sup>.

Zu dieser Zeit stand der Regierungsbezirk „Litzmannstadt“ mit rund 125 000 Beschäftigten in der Industrie bereits an der Spitze der drei Regierungsbezirke des „Warthegaues“ („Litzmannstädter“ Raum, Regierungsbezirk Posen und Hohensalza). Außer der in Lodz konzentrierten Bekleidungsindustrie hatte der überwiegende Teil der eisen- und metallverarbeitenden Industrie, der papierverarbeitenden und der Papierindustrie dort seine Standorte. Welche Gewinnchancen sich die Eroberer in diesem Gebiet ausrechneten, zeigt der Hinweis, daß im „Litzmannstädter Raum“ 10 % der gesamten großdeutschen Textilindustrie konzentriert seien, die in der kommenden Friedenswirtschaft das „riesige Hinterland im besetzten Osten, das historische Absatzgebiet Lodschs“ beliefern sollte. Außerdem sollte es seinen „Anteil am künftigen Wachstum der deutschen Textilindustrie“ haben, „die nach siegreichem Kriegsende sicher einmal Mengen herstellen muß, die englischem Konsum entsprechen.“<sup>34</sup> Stolz berichtete Wehrwirtschaftsführer Weber, daß die in Lodz gemachten „erfolgreichen Bestrebungen, von der Wolle und Baumwolle zur Zellwolle und zum Flockenbast überzugehen“ im „Altreich“ übernommen wurden. Desgleichen die Ausschaltung unmoderner Maschinen, die „nach Litzmannstädter Muster im ganzen Reich durchgeführt werden“ sollte und „jetzt nur durch das allgemeine Friedensplanungsverbot gehemmt“ sei. Nur durch das „Friedensplanungsverbot“ – welcher Erfindungsreichtum bei der Schaffung von Worten, hinter denen sich ein ganzes Programm verbarg.

Ein weiteres „Programm“ stellte die „Lockprämie“ dar, die wieder einmal, „ähnlich wie es übrigens schon seit Jahrhunderten bei der Erschließung des Ostens getan wurde“<sup>35</sup>, den Unternehmern vom Staat, das heißt von Steuergelgen gewährt wurde. Während sich in Stalingrad bereits die Kriegswende ankündigte, Goebels im Sportpalast in Berlin das „Ja“ zum „totalen Krieg“ provozierte<sup>36</sup>, träumten die Herren der Textilwirtschaft noch von dem ganz großen Geschäft nach „siegreichem“ Kriegsende. Sie gaben sich Fantasien von einem „eurasischen Wirtschaftsraum“ hin und bauten im Geiste bereits eine Autobahn Berlin-Lodz-Moskau.

Inzwischen betrieben die Interessenvertreter des deutschen Monopolkapitalismus ungeachtet des Arbeitskräftemangels in Lodz brutalen Menschenraub. Aus

dem Tagebuch von Hans Frank<sup>37</sup> geht hervor, daß Konzerne ganze Belegschaften aus ihren sogenannten Zweigwerken in Polen nach Deutschland verschleppten. Die Zellwoll-AG Schwarza schickte Werber in ihr Zweigwerk „Zellgarn AG Litzmannstadt“, die mit Hilfe von Treuhändern polnische Arbeiter unter dem Vorwand nach Deutschland lockten, sie könnten in Lodz nur weiterbeschäftigt werden, wenn sie sich drei Monate lang in Schwarza in der Herstellung von Viskose und der Bedienung chemischer Apparate ausbilden ließen.<sup>38</sup> Die deutsche Zellwollindustrie holte sich ebenfalls Zwangsarbeiter aus der Lodzer Textilindustrie. Bis 1942 hatte der „Litzmannstädter Raum“ über 100 000 Polen als Zwangsarbeiter an das „Altreich“ abgegeben, darunter Tausende von Facharbeitern. Sie fehlten andererseits der Lodzer Industrie. Aus einem Bericht des Gaumats für Volkstumspolitik vom März 1942 geht hervor, daß die Qualität der Umsiedler nicht ausreichte und „in vielen Fällen die alten polnischen Meister wieder eingesetzt werden, um den Betrieb aufrecht zu erhalten“.<sup>39</sup>

Das Durcheinander wurde noch sichtbarer, als die Rohstoffknappheit groteske Formen annahm. Anfang Juli 1943 rief Greiser zur Holzabfuhr auf: „Zum Kriegführen werden Rohstoffe gebraucht. Eisen, Kohle und Holz ... Das Heer fordert Holz ... die Luftwaffe fordert Holz ... die Marine ... die Rüstung ... die Reichsbahn und Reichspost ... auch die Landwirtschaft ... Der Krieg als solcher verschlingt Holz in unvorstellbaren Mengen“, erklärte er. „Aus Faserholz fertigen unsere Ingenieure Zellwolle, ohne die die Wehrmacht keine Uniform hätte und die Zivilbevölkerung keine Kleidung. Auch die Sprengstoffüllungen für Granaten und Torpedos sind auf die Zellulose angewiesen, die aus Faserholz gewonnen wird.“<sup>40</sup> Entsprechend imperialistischer Einschätzung über das, was „lebenswichtig“ ist, wurden in die Textilfabriken von Lodz jetzt Rüstungsindustrien aus Westdeutschland verlagert. Hier hofften sie, vor Luftangriffen sicher zu sein. Aufträge zur Herstellung von Uniformen und Mannschaftswäsche übernahm mehr und mehr die Wirtschaftsleitung des Gettos. Aus Lumpen und Resten mußte die jüdische Bevölkerung, vom Greis bis zum Kind, unter unvorstellbaren Arbeitsbedingungen diese Kleidungsstücke herstellen. Wer nicht mehr arbeitsfähig war, wurde nach Kulmhof in das Vernichtungslager transportiert. Die Kleidungsstücke der Menschen, die hier durch Gas umgebracht wurden, wurden über das Winterhilfswerk „Heimkehrern“ und Volksdeutschen gegeben, die mittellos geblieben waren, da sie weder zu den Industriellen noch zu den Großgrundbesitzern gehörten. Sie freuten sich über das „Geschenk“, ohne zu ahnen, woher es kam.

Inzwischen hatten neue Geschäftsinhaber und kommissarische Verwalter für die „Gesundung“ stillgelegter Textilgroßunternehmen in Lodz eine beträchtliche Rüstungswirtschaft verschiedener Branchen aufgezogen. Filialgründungen der „bestrenommierten Werke aus dem Reich“<sup>41</sup> entstanden. Wirtschaftsbosse und Wehrwirtschaftsführer überschlugen sich, den Grund für eine eigene „bodenständige Rüstungsindustrie“ zu legen. Betriebe, zum Teil von „Treuhändern“ bereits gewinnbringend weiterverkauft, wurden von der Haupttreuhandstelle Ost 1943 kriegswichtigen Konzernen übergeben, darunter: Ascania, die in der ehemaligen Textilfabrik Allart i. Rousseau ein Fluggerätewerk einrichtete. Telefunken bekam die Fabrik, die ehemals M. Kohn und K. Bennich gehörte. Das Bayerische Motorenwerk, die AEG und Vorwerk Wuppertal wurden nach Lodz verlagert. Die Schwarza-Zellgarn AG (Thüringische Zellgarnwolle AG)

bekam die Gebäude der ehemaligen Widzewska Manufaktura, stellte dort neue Maschinen auf und richtete sich häuslich ein. Die IG Farben bekam im Kreis „Litzmannstadt“ die ehemalige Chemische Fabrik von Boruta-Zgierz, Phrix (Zellwolle) in Tomaszow die Tomaszowskie Zaklady a Presemyslu Jedwabniczego. Sogar für Peenemünde wurden in der ehemaligen Metallfabrik J. John in Lodz-Stadt Teile hergestellt. Rheinmetall Borsig kam in die ehemals I. K. Posnański gehörende Textilfabrik. Posnański hatte sie einem Treuhänder geben müssen, der sie an Speidel & Weber verkaufte, die regen Anteil an der „Eindeutschung“ der Wirtschaft nahmen.<sup>42</sup> Sie gehörten zu jenen, die als 5. Kolonne im polnischen Lodz der 20iger und 30iger Jahre für eine „Befreiung“ bzw. Rückeroberung deutsch-polnischer Gebiete eintraten und aktiv an der deutschen faschistischen Machtergreifung in Polen teilnahmen. Als Wehrwirtschaftsführer, Professor, Beisitzer und Vorstandsmitglied verschiedener Werke avancierte Weber bis in die höchste Spitze der Wirtschaftsgruppe Textilindustrie. Im August 1943 berief ihn der Reichswirtschaftsminister zum Leiter der Wirtschaftsgruppe Textilindustrie. Damit stand er „an der Spitze der gesamten Textilindustrie des Großdeutschen Reiches“<sup>43</sup>. Gleichzeitig rückte Dr. Adolf Speidel nach, als neuer „Litzmannstädter“ Wehrwirtschaftsführer von Greiser berufen.<sup>44</sup> Als „alter Litzmannstädter“ war er Vorstandsmitglied der Textilwerke Adolf Horak AG und der Baumwollmanufaktur Posnański AG. Neben ihm im Präsidium der Kammer saßen außerdem Vizepräsident Erwin Jungnickel, Vizepräsident Franz Somya, Vizepräsident Alois Schwarzhuber, alle mehr oder weniger bereits vor 1933 Faschisten und als solche in der 5. Kolonne tätig. Somya<sup>45</sup> war Gründungsmitglied der Ortsgruppe „Litzmannstadt“ der Auslandsorganisation der NSDAP. Nach dem Überfall der Hitlerwehrmacht auf Polen wurde er Sonderbeauftragter dieser Auslandsorganisation. Im Dezember 1939 gründete er eine Firma „Ostschrott Franz Somya“. Für ihn war der Krieg eine gute Einnahmequelle. Als Leiter der Wirtschaftsgruppe Groß- und Außenhandel, Bezirksstelle „Litzmannstadt“, und Vorsitzender verschiedener Verbände verfügte er über nutzbringende Beziehungen. Andere, wie Schwarzhuber, kamen erst 1939 mit den Eroberern. Als Altnazi und „Träger des Blutordens“ brachte er es bis zum SS-Hauptsturmführer, „erwarb“ nach der Okkupation Polens in Lodz eine Konditorei, und saß schließlich mit am Tisch der „Väter von Litzmannstadt“, der Wehrwirtschaftsführer, Ratsherren, Gestapoleiter und Organisatoren der Vertreibung und Vernichtung der polnischen und jüdischen Einwohner dieses Landes. Ihr Wohlleben näherte sich allerdings bald seinem Ende. 1943 rief die zuständige Wirtschaftsgruppe „zum Schutz gegen feindlichen Terror“<sup>46</sup> auf. Der Krieg, den die Deutschen über das Land gebracht hatten, schlug zurück. Die Hoffnungen der kleinen Leute, die sich aus Schwabenland und anderswo hatten anwerben lassen um hier „Wurzeln zu schlagen“, zerschlugen sich, wie die Hoffnungen jener armen Weber und Spinner, die einhundert Jahre vorher ins „Gelobte Land“ ausgezogen waren. Diesmal waren sie aus Deutschland als Feinde gekommen, um Nutznießer des faschistischen Überfalls auf Polen zu werden. Sie mußten es bitter büßen. In einem nie dagewesenen Amoklauf riß der deutsche Imperialismus nieder, was seine kapitalistischen Väter in Lodz einst aufgebaut hatten.

## Die Vertreibung des polnischen Volkes

Von Oktober 1939 bis zum März 1940 kam es zur ersten Vertreibungs- und Verschleppungswelle von Juden nach dem Teil Polens, den die nazistische Geographie als Generalgouvernement bezeichnete. Am 30. Oktober 1939 wurde im Rahmen einer allgemeinen Anordnung (Himmler) zur Verschleppung der Juden des sogenannten Warthegaues die Vertreibung eines Teils der Lodzener Juden beschlossen. Sie sollten „vorerst“ in das „Generalgouvernement umgesiedelt“ werden, um das einverleibte Gebiet „judenfrei“ zu machen. Etwa 20 000 Juden wurden aus Lodz nach Warschau, Krakau und Lublin verschleppt, vor allem Angehörige der Intelligenz. Sie waren die ersten Vertriebenen der großen erzwungenen Völkerwanderungen auf Lodzener Boden. Ein genauer Umsiedlungsplan für den „Warthegau“ sollte von dem Höheren SS- und Polizeiführer Koppe festgelegt werden. Er sah vor, daß alle Juden und Polen, die zur Intelligenz gehörten oder aus anderen Gründen eine Gefahr für das Deutschtum darstellten, „abgeschoben“ werden sollten. Das heißt, sie wurden aus ihrer Heimat vertrieben, ob alt oder jung, ob krank, männlich oder weiblich, ohne Rücksicht darauf, ob und wie sie es überlebten. Für die Revanchisten des Dritten Deutschen Reiches gab es nur ein Ziel: „Neuordnung“ durch „Säuberung“ (sprich Vertreibung von Menschen) und „Sicherung“ (sprich Terror und Mord durch SS, SD und Polizei) der neuen deutschen Gebiete. Gleichzeitig wollten sie damit das Problem der Beschaffung von Wohnungen und Erwerbsmöglichkeiten für die Einwanderung Volksdeutscher lösen.

Die Aussiedlungen, die im November begannen, sollten Ende Januar 1940 beendet sein. Laut Brief des SS-Sturmbannführers Regierungsrat Bischoff an den Landrat von Jarocin vom 15. Dezember 1939 sollten gemäß Erlaß des Reichsführers SS vom 29. November 1939 alle Polen und Juden sofort standrechtlich erschossen werden, wenn sie sich entgegen dem Umsiedlungsbefehl noch im Deutschen Reich – vielleicht in einer anderen Provinz – anstatt im Generalgouvernement aufhielten. Die Anweisung lautete, dies sei allen Ältesten der noch bestehenden Judengemeinden ausdrücklich bekanntzugeben.<sup>1</sup>

Nach dem „Nahplan“ des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Gruppenführer Heydrich, sollten bis zum 16. Dezember 1939 „zunächst noch etwa 40 000 Baltendeutsche im Warthegau untergebracht und die doppelte Anzahl, also 80 000 Juden und Polen, zur Freimachung in das Gouvernement abtransportiert“ werden. Dabei wurde vorgeschrieben: Täglich 5 000 (Fünftausend) Personen! Die Worte „Abschiebung“ und „Abzuschiebende“ gehörten bereits zum Amtsdeutsch. In einem an das Reichssicherheitshauptamt Berlin gerichteten Bericht vom 18. Dezember 1939<sup>2</sup> über die Durchführung der „Abschiebung von Juden und Polen aus dem Warthegau“ wurde u. a. von „Hindernissen“ gesprochen, die zeigten, wie weit der Kreis der unmenschlichen Befehlsausführer damals bereits gesteckt war. Zwar gab es durchaus noch sichtbare Ablehnungen der nazistischen Methode der „Neuordnung“ des eroberten Landes, aber „im allgemeinen“, so hieß es, hätten sich die Landräte „bewährt“, besonders „wo es sich um junge Offiziere und SS-Führer handelte“; nur die „älteren Landräte vom Typ des deutschen Verwaltungsbeamten“ ließen zumindest „in einzelnen Fällen“ und „anfänglich“ die für die „Evakuierung notwen-

dige Härte vermissen . . .“ Die Landräte wurden u. a. als verantwortliche Träger der „Aktionen“ beteiligt. Ferner gab es einen beim „Höheren SS- und Polizeiführer Warthe“ gebildeten Stab für die Evakuierung und Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD als „örtliche Gehilfen der Landräte“ bei der Menschenjagd. Dazu kamen Reichsbahnangehörige, Polizisten und sogenannte Selbstschutzangehörige „als ausführende Organe“. Eine Vielzahl von Organen also, die sich alle mehr oder weniger an der Vertreibung der Einwohner dieses Landes beteiligten. Aktive Truppenteile, so hieß es in dem Bericht weiter, zeigten „Verständnis für die Abschiebungsaktion“, dagegen würden sich die „älteren Jahrgänge den Evakuierungsmaßnahmen (gegenüber) passiv bis zur offenen Ablehnung“ verhalten. Insgesamt hatten die Landräte von 41 Kreisen ca. 540 000 Menschen zur Vertreibung aus ihrer Heimat vorgesehen. Dabei waren alle Juden, mit Ausnahme der in der Stadt Lodz lebenden, einbezogen.

In Lodz rechnete man mit ungefähr 230 000 Juden, von denen 80 000 inzwischen vertrieben worden waren. Im Warthegau wurde inzwischen eine Volkszählung eingeleitet, in der Hoffnung, ihre Ergebnisse noch „für die laufende Aktion“ zu verwenden. Dabei war eine Gesamtzahl von Polen mit ungefähr 600 000 angegeben, die infolge „deutsch-feindlicher Haltung oder Zugehörigkeit zur Intelligenz für die Abschiebung in Frage komme“.

Bis 30. Januar 1940 waren aus dem „Warthegau“ rund 87 000 Polen und Juden ausgesiedelt worden<sup>3</sup>. Dazu kam noch eine nicht kontrollierbare Abwanderung durch Flüchtlinge. Hans Frank (seit 8. November 1939 Generalgouverneur des Gebietes, das alle Vertriebenen aufnehmen sollte) wußte bald nicht mehr, wie er der Überfüllung Herr werden sollte, als er den Auftrag erhielt, auch noch etwa 100 000 bis 120 000 Menschen innerhalb seines Gebiets umzusiedeln. Die Blitzkriegstrategen und ihre Generale brauchten jetzt „Lebensraum“ für Wehrmacht, Luftwaffe und SS-Truppen, bevor sie ihre Formationen nach Rußland in den Tod schickten. Polen wurde Aufmarschgebiet für den nächsten Raubzug. Wieder einmal ging es um ukrainischen Weizen, das Öl von Baku und die Kohlen im Donezbecken; um Bodenschätze, billige Arbeitskräfte und den riesigen Absatzmarkt im sowjetischen Hinterland. Der Krieg war noch lange nicht zu Ende und „Friedensplanung“ verboten. Ein Chaos bahnte sich an, aber weder die Verantwortlichen des Dritten Deutschen Reiches noch die Mehrheit des Volkes dachte daran, die begonnene Ostexpansion abzubrechen. Der grausame bürokratische Apparat lief genauso auf Hochtouren wie die Kriegsmaschinerie. Generalgouverneur Hans Frank, der nicht mehr wußte, wohin mit den Menschen, wollte jetzt die Judentransporte aus dem „Ausland“ nicht mehr aufnehmen. In Radom sagte er am 25. November 1939: „Die Juden sollen spüren, daß wir gekommen sind . . . Die Juden aus dem Reich, Wien und von überall können wir aber nicht gebrauchen.“<sup>4</sup> Trotzdem kamen immer mehr Transporte an, unter anderem auch aus Wien und Böhmen. Arthur Greiser, Gauleiter des „Warthelands“ berichtete, daß bis zum 12. Februar 1940 bereits 87 000 Juden aus Danzig-Westpreußen abgeschoben worden seien<sup>5</sup>. Aus anderen Städten des „Warthegaus“ kamen ähnliche Meldungen, als im März 1940 die Deportationen in das Generalgouvernement endlich gestoppt wurden.

In Lodz lebten um diese Zeit noch 180 000 Juden. 20 000 waren durch eine einmalige Aktion vertrieben und verschleppt worden, aber 80 % der jüdischen Vorkriegsbevölkerung waren noch dort. Greiser, dessen Ehrgeiz offenbar dahin ging, „sein Gebiet“ „judenfrei“ zu bekommen, war absolut nicht mit der Einstellung der Deportationen einverstanden. Er berief sich darauf, daß Göring während einer Zusammenkunft in Karinhall Himmler die Wiederaufnahme der Deportationen aus Lodz versprochen habe. Aber inzwischen hatte sogar Göring bemerkt, wie das Chaos der Vertreibung seine Wirtschaftsinteressen gefährdete. Am 12. Februar 1940 erklärte er auf einer Konferenz in Karinhall, sämtliche Umsiedlungen seien zu unterbrechen, um die Arbeitskraft zu erhalten, und die ganze Wirtschaft nicht durch rücksichtslosen Abzug von Arbeitskräften zu unterminieren. Am 23. März 1940 wurde schließlich auf Erlaß Görings „bis auf weiteres“ jede „Evakuierung“ untersagt. Jetzt wurden die Menschen nicht mehr aus ihrer Heimat vertrieben, sie durften auch nicht mehr flüchten, jetzt mußten sie als Zwangsarbeiter dorthin, wo es die kriegswichtige Aufgabe ihrer Feinde erforderte – ins „Altreich“, ins Konzentrationslager oder ins Getto.

## Die Aufgaben der Umwanderer-Zentrale

Kurz nach dem Überfall auf Polen richtete Himmler zur Erhaltung und Festigung des „Lebensraumes“, den Deutschlands Imperialisten zur Ausbeutung für sich beanspruchten, die Dienststelle des Reichsführers SS als „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“ ein. Dieses Amt verschickte bereits im November 1939 an alle zuständigen Stellen ein Sonderprogramm (auch Plan von Dr. Wetzel und Dr. Hecht genannt)<sup>1</sup>, das die Hauptaufgaben der „Ostpolitik“ darlegte. Es sah unter anderem vor: die völlige Germanisierung ausgewählter Schichten, die Beseitigung der für die Eindeutschung ungeeigneten Menschen und die Ansiedlung von Deutschen. „Wie bereits entwickelt, muß das Fernziel die restlose Beseitigung des Polentums sein. Was von den Polen nicht eingedeutscht werden kann, muß in das polnische Restgebiet abgeschoben werden. Von den etwa 6,6 Millionen reinen Polen der neuen Reichsgebiete . . . erscheinen allenfalls 1–1,2 Millionen eindeutschungsfähig . . .“<sup>2</sup>.

Im Januar 1940 wurden die Grundlagen der „Rechtsgestaltung“ deutscher Politik nach volkspolitischen Gesichtspunkten festgelegt. Im Frühjahr 1940 arbeitete Prof. Dr. Konrad Meyer-Hetling von der genannten Dienststelle die Grundsätze für die raum- und siedlungspolitische Gestaltung des ehemaligen Polen aus. Mitte Mai legte Himmler persönlich noch einige Gedanken zur Behandlung der sogenannten Fremdvölkischen im Osten nieder. Im letzten Vierteljahr 1940 ließ er dann alle Einzelpläne zu einen „Generalplan Ost“ zusammenfassen.

Inzwischen war das Chaos der verschiedenen „Abschiebungs-“, Umsiedler-, Evakuierungs- und Neuansiedlungspläne kaum noch zu überbieten. Das seit dem 11. November 1939 in Posen existierende Amt für die Umsiedlung der Polen und Juden, das dem „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“ unterstand, hatte in Lodz eine Außenstelle. Am 9. Februar 1940

wurde das Amt umbenannt in Umwanderer-Zentrale (UWZ) und Ende April 1940 nach Lodz verlegt. Lodz, inzwischen von der nazistischen deutschen Besatzung in „Litzmannstadt“ umbenannt, hatte sich als Verkehrsknotenpunkt, Wirtschaftsmetropole und Hauptort der Aussiedlung der jüdischen Menschen zum Zentrum der gesamten An- und Umsiedlungsbarbarei entwickelt. Jetzt wurde es auch offizielle Zentrale der organisierten Zwangsvölkerwanderung aus dem „Warthegau“. Leiter der Umwanderer-Zentrale (UWZ) „Litzmannstadt“ wurde SS-Obersturmbannführer Krumei. Ferner arbeiteten in der UWZ Obersturmführer Herbert Otto, SS-Hauptscharführer Goede und SS-Hauptscharführer Franz Ismer. Sie deportierten bis Oktober 1940 pro Monat durchschnittlich 10 000 bis 15 000 Polen in täglichen Transporten von einigen hundert Personen aus den verschiedensten Gebieten des „Warthegaues“ über die Lager der UWZ „Litzmannstadt“ in das Generalgouvernement<sup>3</sup>. Nach Erfüllung ihrer Aufgabe bei der Zwangsvertreibung von Polen wurden Otto, Goede und Ismer zur Vernichtung jüdischer Menschen in das Vernichtungslager Chelmo (Kulmhof)<sup>3a</sup> abgeordnet.

Himmels Plan sah vor, das polnische Land „frei von Menschen“ zu machen, um die „ideale Siedlungsstruktur“ für eine Neubesiedlung mit Reichsdeutschen und Volksdeutschen (Wolhynien-, Balten- und Rußland-Deutschen) zu haben. Die Urväter der letzteren waren vielleicht jene armen schlesischen Weber, die die Not aus der Heimat vertrieben hatte. Hitlers Politik verdankten sie nun die Zwangsrücksiedlung. Jetzt wurden sie wieder gebraucht – und mißbraucht. Sie sollten die Höfe, Wohnungen und Betten der vertriebenen Polen und Juden für das imperialistische deutsche Vaterland besetzen. Einer jener schizophrenen Pläne des Dritten Deutschen Reiches sah vor, 1940 40 000 Polen und Juden aus dem „Warthegau“ zu vertreiben. Eine „improvisierte Räumung im Interesse der in den Ostgauen zur Ansiedlung kommenden Wolhyniendeutschen“, hieß es. Ein anderes Mal sollten rund 120 000 Polen, möglichst Kongreß-Polen, vorwiegend Bauern, vertrieben werden. Sie sollten als Landarbeiter in den Ostgebieten oder im Altreich eingesetzt werden. Der Höhere SS- und Polizeiführer von Posen, SS-Gruppenführer Koppe, forderte, daß die Aussiedlung sofort mit der Neueinsiedlung verbunden werden sollte, damit keine Unterbrechung der landwirtschaftlichen Arbeit eintrete! Praktisch sah das so aus, daß Umsiedler mit Lastwagen an ihre neuen Siedlerstellen gebracht wurden, die dann die bisherigen Besitzer und Bewohner mit ihren Familien wieder mitnahmen. Dabei mußten diese armen Menschen alles zurücklassen, so daß sich die „Umsiedler“ buchstäblich in das gemachte Bett legen konnten. Allein in Lodz wurden nach dem sogenannten „Zwischenplan“ vom Februar und März 1940 über 11 000 Polen in Sofortaktionen evakuiert.<sup>4</sup> „Nahpläne“ und „Zwischenpläne“ sollten die chaotische Inbesitznahme fremden Bodens und Eigentums – bis zu den persönlichsten Besitztümern – regeln. Staatssekretär Backe und Gauleiter Greiser verkündeten einen Zehnjahresplan für die Landwirtschaft des „Warthegaues“, und jeder hoffte, auf der Grundlage des vom Staat sanktionierten Diebstahls für sich und seine Nachfahren ausgesorgt zu haben. Man schuf „Erbhofgesetze“ für Höfe, die Angehörigen eines anderen Volkes gehörten. Man machte Pläne zur Nutzung von Braunkohlevorkommen im Kreis Konin, die dem polnischen Staat gehörten, und baute im Geiste bereits eine „aus der Kriegszeit heraus geborene Verbindung zwischen Textilindustrie und Landwirtschaft“.<sup>5</sup>

Inzwischen hatten sich einige tausend Familien – darunter viele sogenannte „gaugeingesessene Volksdeutsche“ – Ländereien und Höfe angeeignet. Sie alle erinnerten sich nur an die zehn Gebote Gottes, wenn ihnen etwas genommen wurde. Jetzt wurde ihnen gegeben, und sie nahmen – wie ein Stabsführer der Posener Dienststelle des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums (RKF) berichtete<sup>6</sup>. Jeder wollte sich seinen Teil an der „Konjunktur“ sichern. Auch die Dörfer um Lodz wurden den Polen genommen und mit deutschen Umsiedlern besetzt. Deutsche, die ihre Heimat in Rußland verlassen mußten oder verließen in der Hoffnung, dabei zu gewinnen, und andere, die sich als „gaugeingesessene“ Parteigänger bereicherten. Sie waren nur zu schnell bereit, das Land für ein Tausendjähriges Reich des deutschen Imperialismus zu germanisieren. Inzwischen hatten Hitlers Generäle bereits weiterreichende Pläne gemacht, die vorerst die Arbeit der Umwanderer-Zentrale stoppten. Die Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion erforderte große Truppenverlegungen in das bereits total überfüllte Generalgouvernement.

So verhinderten „kriegswichtige Gründe“ die weiteren Deportationen dorthin. Die Vertreibung der Polen allerdings ging weiter. Sie kamen jetzt in Arbeitslager oder in das „Altreich“, wenn ihre Arbeitskraft zur Fortführung des Krieges als ausreichend angesehen wurde. In einer Nachrichten-Übermittlung des Inspektors der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD) Posen vom 13. März 1941 hieß es über die „Bereitstellung von Arbeitskräften aus den eingegliederten Ostgebieten zur Deckung des Kräftebedarfs der Kriegswirtschaft“: „... Ich nehme an, daß ... Bedenken gegen die Entsendung von Familien als Arbeitskräfte ins Altreich nicht mehr erhoben werden. Es muß Sorge getragen werden, daß sie nach Beendigung des Arbeitseinsatzes nicht zurück in die eingegliederten Ostgebiete, sondern in das Generalgouvernement kommen. Die Aussonderung aus den Lagern in Litzmannstadt nimmt das Arbeitsamt Litzmannstadt im Auftrage der Abteilung Arbeit des Reichsstatthalters vor ...“<sup>7</sup> Allmählich sah der Reichsstatthalter Greiser, daß ihm das Land ohne polnische Arbeitskräfte nichts nutzte. Laut Rundschreiben vom 29. August 1941 des Stabsführers der Dienststelle des RKF in Posen<sup>8</sup> ordnete er deshalb an, daß die bei der Ansiedlung von Volksdeutschen zu verdrängenden Polen keineswegs den „Warthegau“ verlassen dürften, um als Arbeitskräfte ins Altreich vermittelt zu werden, da der „Warthegau“ die Polen als Arbeitskräfte selbst benötige. Schließlich praktizierte man den Plan zur „Eindeutschung von Polen“ so, daß man die gestern noch als „Untermenschen“ und „primitive Ostmenschen“ bezeichneten Polen zwangsweise eindeutschte. Hans Joachim Goetz, ehemals Leiter der Rechtsabteilung im Stabshauptamt des Reichskommissariats für die Festigung des deutschen Volkstums, gehört zu jenen, die später darüber aussagten, daß bei der Einstufung der sogenannten Deutschen Volksliste „auch häufig Menschen gegen ihren Willen unter Androhung von Evakuierung und Beschlagnahme ihres Besitzes zu Deutschen gestempelt“<sup>9</sup> wurden. Im allgemeinen sollte die „Eindeutschungsaktion zunächst auf Land- und Fabrikarbeiter, Handwerker und Kleinbauern“ begrenzt bleiben. „Es wird jedoch Einzelfälle geben“, so hieß es, „in denen man sich an diese Grenze nicht halten kann, zum Beispiel bei angepolten deutschstämmigen Kaufleuten und Gewerbetreibenden. Deutschstämmige, welche der polnischen Führungsschicht angehörten, Großgrundbesitzer, Industrielle, Angehörige freier Berufe und ähnliche kommen für

die Rückdeutsungsaktion des Jahres 1941 nicht in Frage.“ Die Aussortierung der bedauernswerten Menschen erfolgte nach sogenannten „rassepolitischen“ Gesichtspunkten. So hieß es, die „Eindeutscher“ sollten auf „typisch deutsche Fähigkeiten und Begabungen“ achten, die „auf das Vorhandensein eines deutschen Bluteinflusses in der Familie“ schließen lasse, zum Beispiel „technische Begabung, Gefühl für Pflege und Ordnung technischer Hilfsmittel in Haus und Hof“ und „die persönliche und häusliche Sauberkeit“<sup>10</sup>. Diesmal wurde das von Generationen überlieferte Märchen vom sauberen, ordentlichen, fleißigen Deutschen sogar aktenkundig. Praktisch ging es weder um „Blut“ noch um „Sauberkeit“, sondern einzig und allein um Arbeitskräfte und Fachkräfte. Dabei war der Plan zur „Eindeutschung“ von Polen eine Methode zur Entpolonisierung, so wie die Vertreibung eine war. Nach der Statistik der Umwandererzentrale „Litzmannstadt“ wurden bis Ende 1943 im Wartheland 534 000 Polen von Haus und Hof vertrieben<sup>11</sup>. Zweidrittel davon in das „Generalgouvernement“, andere in das „Altreich“ zur Zwangsarbeit, andere in die Konzentrationslager und Gettos.

Germanisierung, Sklaventum oder physische Vernichtung – das war das Schicksal, das deutsche Herrenmenschen anderen Völkern und ihren Kindern zuge-dacht hatten. Polen war das am schlimmsten betroffene Land.

Im Mai 1940 erklärte Himmler: „Für die nichtdeutsche Bevölkerung des Ostens darf es keine höhere Schule geben als die vierklassige Volksschule. Das Ziel dieser Volksschule hat lediglich zu sein: Einfaches Rechnen bis höchstens 500, Schreiben des Namens, eine Lehre, daß es göttliches Gebot ist, den Deutschen gehorsam zu sein und ehrlich, fleißig und brav zu sein. Lesen halte ich nicht für erforderlich“.

Martin Bormann formulierte die physische Vernichtung der Völker des Ostens im August 1942: „Die Slawen sollen für uns arbeiten. Soweit wir sie nicht brauchen, können sie sterben.“

Im Oktober 1943 wünschte Himmler den durch „Heldentod“ eingetretenen Bevölkerungsschwund auszugleichen. Seine Idee der Germanisierung sah vor: „Das, was in den Völkern an gutem Blut unserer Art vorhanden ist, werden wir uns holen, indem wir, wenn notwendig, die Kinder rauben und sie bei uns großziehen.“

Alle derartigen Pläne wurden in brutalster Weise durchgeführt.

## Das Polen-Jugendverwahrlager „Litzmannstadt“

Die Absicht Himmlers, polnischen Eltern ihre Kinder wegzunehmen, wenn sie nach nazistischen Richtlinien als rassemäßig „wertvoll“ befunden wurden, wird zum erstenmal deutlich in einem Schreiben vom 18. Juni 1941, das an den sogenannten Reichsstatthalter Greiser gerichtet war, der seinen braunen Hofstaat in Posen etabliert hatte. Himmler schrieb ihm darin, daß „besonders gutrassige kleine Kinder polnischer Familien“ in Kinderhorten und Heimen erzogen werden sollten, um sie zu „germanisieren“. Dabei mußte „das Wegholen der Kinder“ mit „gesundheitlicher Gefährdung begründet werden“. Kinder, die nicht

„einschlagen“ würden, sollten zurückgegeben werden, von den anderen sollten nach einem halben Jahr Ahnentafeln und Abstammung eingeholt werden, um sie nach ungefähr einem Jahr als „Erziehungskinder in kinderlose, gutrassige Familien zu geben.“<sup>1</sup>

Mit der dem System eigenen Perfektion wurde der Kinderraub konzipiert. Erste Phase – die Wegnahme der Kinder von ihren Eltern; zweite Phase – die Selektion nach rassepolitischen Gesichtspunkten; dritte Phase – die Unterbringung in Erziehungslagern; vierte Phase – die Übergabe an deutsche Eltern im „Altreich“. Die Spuren der Herkunft der Kinder sollten total ausgelöscht werden, deshalb wurden die Personalien geändert, gesonderte Melderegister eingeführt und falsche Dokumente und Bescheinigungen ausgestellt.<sup>2</sup> Die „Germanisierung fremdvölkischer Kinder“ sollte dem Zweck dienen, den nationalen Charakter der eroberten polnischen Gebiete zu tilgen und die Vorherrschaft des Dritten Deutschen Reiches unter anderem durch zahlenmäßige Vermehrung des deutschen Volkes bis zu 100 Millionen Menschen<sup>3</sup> zu festigen. Das Ziel war nicht durch Erhöhung der Geburtenfreudigkeit zu erreichen. Um so weniger, als die Kriegsverluste an Menschen immer größer wurden.

„Rasseminderwertige“ Kinder wurden ebenfalls der „Rechtsobhut“ ihrer Eltern entzogen und in Lager gesteckt. Aus einer „Übersicht über bisherige Anordnungen und Anregungen“ vom 13. Juli 1943 geht hervor, daß Himmler am 6. Januar 1943 einen Befehl zur Errichtung von Kinder- und Halbwüchsigensammellagern erteilte, in dem es heißt: „Die rassisch wertlosen Halbwüchsigigen männlichen und weiblichen Geschlechts sind den Wirtschaftsbetrieben der Konzentrationslager als Lehrlinge zuzuweisen. Die Kinder müssen großgezogen werden. Ihre Erziehung hat im Unterricht zu Gehorsam, Fleiß, bedingungsloser Unterordnung und zu Ehrlichkeit gegenüber den deutschen Herren zu erfolgen. Sie müssen bis 100 rechnen, die Verkehrszeichen kennenlernen und auf ihre Fachberufe als Landarbeiter, Schlosser, Steinmetzer, Schreiner usw. vorbereitet werden. Die Mädchen sind als Landarbeiterinnen, Spinnerinnen, Strickerinnen und für ähnliche Arbeiten anzulernen.“<sup>4</sup> Manche von ihnen hatten das „Glück“, ihre Sklavenzzeit als Dienstmädchen deutscher „Herrschaften“ zu überleben oder als Knechte auf deutschen Gutshöfen. Viele der Kinder aber starben in den Konzentrationslagern – in Auschwitz, Treblinka, Sobibor.<sup>5</sup>

Andere Kinder kamen in das in Lodz, in der Przemyslowastraße eingerichtete Polen-Jugendverwahrlager der Sicherheitspolizei „Litzmannstadt“.<sup>6</sup> Am 3. Dezember 1942 schickte der Reichsminister des Innern, Hermann Göring, aus Berlin einen Schnellbrief an den Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien, die Reichsstatthalter im „Warthegau“, im „Reichsgau Danzig“, in Westpreußen, im „Sudetengau“, und an die Oberpräsidenten der Provinzen Niederschlesien und Ostpreußen über die Unterbringung „fremdvölkischer“, insbesondere polnischer Minderjähriger. In dem Schreiben verwies er darauf, daß die „Fürsorgeerziehung ... insb. in den eingegliederten Ostgebieten“ dadurch belastet sei, daß aus „Mangel an Einrichtungen fremdvölkische Jugendliche der deutschen Fürsorgeerziehung überwiesen“ wurden. Der Reichsführer SS habe deshalb auf Anregung des Reichsministers des Innern ein Lager für polnische Jugendliche in „Litzmannstadt“ errichtet, in das seit dem 1. Dezember 1942 eingewiesen werde. Die Prüfung der „Eindeutschungsfähigkeit der Polenkinder“ wurde vom Lager im Einvernehmen mit der Außenstelle „Litzmannstadt“

des Rasse- und Siedlungshauptamtes veranlaßt. Aus „praktischen Erwägungen“ kamen für die Einweisung „zunächst nur männliche Jugendliche im Alter von 12 bis 16 Jahren in Frage“<sup>7</sup>.

Die Begrenzung des Alters wurde bald aufgehoben. In einem vertraulichen Schreiben an die Landräte und Oberbürgermeister der Provinz Oberschlesien heißt es, daß alle für die Verwahrung in Betracht kommenden Jugendlichen, „auch wenn sie der Altersabgrenzung, die im Erlaß des Herrn Reichsminister des Innern aus Zweckmäßigkeitsgründen zunächst gewählt werden mußte, nicht entsprechen“ zu melden seien, damit die „lückenlose Erfassung aller fremdvölkischen Jugendlichen, die eine ständige Gefahr für die Ruhe und Sicherheit und die Gefährdung der deutschen Jugend bedeuten, erfaßt werden und auch möglichst beschleunigt in Verwahrung genommen werden können.“<sup>8</sup> Am 22. Februar 1943 schrieb SS-Obersturmbannführer Dr. Brandt, Feldkommandostelle, an den Chef des Wirtschaftsverwaltungs-Hauptamtes: „Der Reichsführer-SS bittet Sie, Kinderlager für Bandenkinder im Alter von 10 bis 16 Jahren einzurichten. Lager für Kinder im Alter von 1 bis 10 Jahren richtet SS-Ogruf. (SS-Obergruppenführer, d. Verf.) von dem Bach ein, mit dem der RF-SS (Reichsführer der SS; d. Verf.) am 19. Dezember 1942 in der Feldkommandostelle gesprochen hat.“<sup>9</sup> Am 25. Januar 1943 berichtete SS-Obergruppenführer Pohl: „Unter Bezugnahme auf Befehl vom 6. Januar 1943 habe ich die Errichtung eines Kinder- und Halbwüchsigen-Sammellagers in Lublin angeordnet.“<sup>10</sup>

Das Beispiel des 11jährigen Simon Sintera läßt die Größe des Verbrechens an polnischen Kindern, ihr Leid und ihre Tränen, bestenfalls ahnen. Für ihn lautete die bürokratische Begründung des Antrages auf Einweisung eines Jugendlichen polnischen Volkstums in das Polen-Jugendverwahrlager „Litzmannstadt“: „Sintera treibt sich seit längerer Zeit im oberschlesischen Industriegebiet umher, bettelt und läßt keine Gelegenheit unausgenutzt, um Diebstähle auszuführen. Verwarnungen und Belehrungen erwiesen sich als zwecklos. Sintera ist sich selbst überlassen, da sein Vater zur Zeit im KL Auschwitz (Konzentrationslager Auschwitz, d. Verf.) untergebracht und seine Mutter verstorben ist. Er droht völlig zu verwahrlösen. Seine Einweisung in das Polen-Jugendverwahrlager Litzmannstadt ist zum Schutz der heranwachsenden deutschen Jugend unerlässlich.“<sup>11</sup> Aus dem Antrag ist ersichtlich, daß die Eltern des 11jährigen in Oberschlesien, Kreis Bendsburg, geboren waren. Boleslaus Sintera am 1. Oktober 1900 in Bojkowice Koscielne, und seine Frau Helene Sintera, geb. Palow, am 25. Januar 1910 in Lagischa. Sie waren Polen. Jetzt wurde als „Wohnung“ des Vaters angegeben: „Zur Zeit K. L. Auschwitz.“ Und die Frage nach der „Lagerhaftfähigkeit“ des 11jährigen Kindes, wurde mit „Ja“ beantwortet.

Ein anderes Beispiel ist der 8jährige Johann Polok, geboren am 1. August 1935 in Weichsel. Der Vater, geboren 1910, war 1942 „verstorben“. Das Kind wurde laut Antrag „bereits polizeilich behandelt“ und „von der Schule verwiesen“. Die Begründung: „Die Eltern gehören zu den „Ernsten Bibelforschern“ [die späteren Zeugen Jehovas] und erziehen die Kinder im staatsfeindlichen Sinn. Es besteht die Gefahr, daß andere Kinder durch diese staatsfeindlich beeinflusst werden. Die Einweisung in das Polen-Jugendverwahrlager ist unbedingt erforderlich. Die Kindesmutter ist inzwischen wegen ihrer staatsfeindli-

chen Einstellung ausgesiedelt worden. Da keiner der Elternteile die Aufnahme in die DVL (Deutsche Volksliste)<sup>12</sup> beantragt hat, gilt das Kind als Pole . . .“ Wie das Ende solcher Kinder meist aussah, geht aus einer lapidaren Mitteilung einer Kriminalpolizeistelle vom 11. Januar 1943 an das Landesjugendamt in Kattowitz hervor. Sie betraf den „Polnischen Jugendlichen Johann Hartmann, geb. 14. Juni 1928“, und lautete: „Nach Mitteilung des Polen-Jugendverwahrlagers Litzmannstadt ist Hartmann am 3. 11. 1943 an Herzmuskelschwäche verstorben. Die Mutter des Hartmann ist von hier aus benachrichtigt worden.“ Johann Hartmann war vierzehn Jahre alt, als er starb. Für andere polnische Kinder und Jugendliche hieß die „Endstation“ Auschwitz. Am 31. Juli 1943 wurde der 1927 in Kattowitz geborene Ceclus Wrobel nach Auschwitz „in Marsch gesetzt“. Die Mitteilung darüber an den Oberpräsidenten lautete: „Wrobel wurde mit Wirkung vom 17. 5. 1943 als Asozialer in polizeiliche Vorbeugungshaft genommen und am 30. 7. 1943 nach dem Konzentrationslager in Auschwitz in Marsch gesetzt.“ Richard Czernecki, geboren am 10. Mai 1931 in Alexandria, ist am 1. April 1944 nach Mitteilung des Lagerkommandanten des Polen-Jugendverwahrlagers „Litzmannstadt“ „an Lungentuberkulose im Lager verstorben.“ Luzian Sadyn, geboren am 29. September 1928 in Dombrowa, Kreis Bendsburg, „aufenthaltlich im Ersatz-Polizeigefängnis Myslowitz“, dessen Eltern „zugehörig zur Volksliste Polen“ waren, wurde ebenfalls in das Lager „Litzmannstadt“ eingeliefert. Angeblich trieb er sich seit längerer Zeit im oberschlesischen Industriegebiet umher und bettelte. „Da ihm ein Bein und eine Hand fehlt“, hieß es, „versucht er bei der Bevölkerung Mitleid zu erwecken . . . Er droht zu verwahrlösen. Seine Einweisung in das Polen-Jugendverwahrlager ist zum Schutz der heranwachsenden deutschen Jugend unerlässlich.“

Viele Eltern hofften, durch Aufnahme in die „Deutsche Volksliste“ die Verschleppung und Einweisung ihrer Kinder in das Lager in „Litzmannstadt“ verhindern zu können. Wie wenig selbst das half, zeigt das Beispiel der Mutter von Gerhard Machnik aus Lubom, der es gelang, vom Kreisjugendamt Ratibor ein Schreiben an den Oberpräsidenten in Kattowitz zu erhalten, daß sie und ihr Sohn Gerhard am 13. März 1943 in die Gruppe 3 der deutschen Volksliste aufgenommen wurden. Demnach sei die Voraussetzung für weitere Unterbringung des Jugendlichen, „nämlich seine fremdvölkische Zugehörigkeit“, nicht mehr gegeben. Gleichzeitig bat das Jugendamt um Mitteilung, „ob der Jugendliche aus Litzmannstadt entlassen wird und ob nunmehr seine Unterbringung in Fürsorgeerziehung in Frage käme“. Man dachte also keinesfalls daran, der Mutter ihren „eingedeutschten“ Sohn zurückzugeben. Sie durfte es als Glück ansehen, wenn er der Fürsorge überstellt wurde. Der 13jährigen Erna Juretzko, die sich bereits in Fürsorgeerziehung im St. Josefstift in Gershain befand, blieb die Überweisung in das Polen-Jugendverwahrlager „Litzmannstadt“ erspart, nachdem sie am 27. Mai 1943 in die Gruppe II der Deutschen Volksliste aufgenommen wurde.

Auf Teile der Bevölkerung wurde nicht zuletzt deshalb Druck ausgeübt, sich in eine Deutsche Volksliste aufnehmen zu lassen, um vor aller Welt zu dokumentieren, wie stark der deutsche Bevölkerungsteil in diesen Gebieten sei. So hieß es unter anderem in den Richtlinien des Reichsministeriums des Innern (RMdI): Der Abstammung sei „nicht ausschlaggebende Bedeutung“ beizumessen, sonst



könne man auch große Teile der Bevölkerung in Schleswig-Holstein, Ostpreußen und Schlesien nicht als Deutsche anerkennen! Deutschland habe ein Interesse daran, „daß die Zahl der Eingesessenen, die sofort als deutsche Volkzugehörige anerkannt werden, möglichst groß ist“. Andernfalls würde man noch nachträglich der deutschen These, daß sich in den nach 1918 abgetretenen Ostgebieten ein starkes deutsches Volkstum erhalten habe, „den Boden entziehen. ... Aktive Betätigung für das Deutschtum sei nicht Voraussetzung für die Anerkennung als deutscher Volkzugehöriger. Auch ein gleichgültiger oder gar ein schlechter Deutscher bleibt ein Deutscher ... Volkzugehörigkeit und politische Zuverlässigkeit sind etwas Verschiedenes.“<sup>13</sup> In der Praxis der Einteilung von Menschen in vier Volkslistengruppen ging das System genauso durcheinander wie in der Theorie. Bei aller Perfektion des Verbirechens zeigte sich hier wie überall das Chaos. Es bleibt unbegreiflich, wie dennoch der Glaube an deutsches Organisationstalent die Zeiten überdauert.

Wie sich das Schicksal der Kinder in den Schreiben der bürokratischen Organisatoren widerspiegelt, ist bezeichnend für ihre Herzlosigkeit und Menschenverachtung. Die Kinder wurden als rassemäßig „wertvoll“, „minderwertig“, „fremdvölkisch“ oder „eingedeutscht“ katalogisiert. Sie wurden dabei heute in diese, morgen in jene Kategorie geworfen. Über ihr Sein oder Nichtsein verhandelten Rassepolitische Ämter, staatliche Behörden, Institutionen. Sie setzten allgemeine Richtlinien fest, gaben Ausführungsverordnungen heraus, gründeten „Hilfsbehörden“ und Organe mit Namen wie Reichsbeauftragte für die Festigung des deutschen Volkstums, Reichshaupttrassen- und Siedlungsamt, Volksdeutsche Mittelstelle, Lebensborn e. V., Deutsche Heimschulen, Volkswohlfahrt, Kinderlandverschickung, Fürsorgeämter, Reichsadoptionsstelle, Umsiedlungszentrale usw. Namen, hinter denen sich das unmenschliche Tun verbarg, von dem mancher glauben wollte, es diene einem höheren Zweck.

Opfer dieser perfektionierten Rassen- und Germanisierungspolitik wurden aber nicht nur polnische Kinder, obwohl gerade ihre „Germanisierung“ mit besonderer Konsequenz durchgeführt wurde. Auch sowjetische, tschechische, jugoslawische, französische, norwegische, belgische und niederländische Kinder wurden daraufhin untersucht, ob sie „eindeutschungsfähig“ seien.

Wie es „wiedereindeutschungsfähigen“ Kindern ging, wenn ihre Eltern Widerstandskämpfer waren, geht aus einem Schreiben vom 21. Juni 1943 hervor, mit dem Himmler den Auftrag gab, die „Versorgung, Erziehung und Unterbringung von tschechischen Kindern, deren Väter beziehungsweise Eltern als Angehörige der Widerstandsbewegung exekutiert werden mußten“, zu klären. „Die schlechten Kinder kommen in bestimmte Kinderlager. Die guttrassigen Kinder, die selbstverständlich die gefährlichsten Rächer ihrer Eltern werden könnten, wenn sie nicht menschlich richtig erzogen werden, müssen, wie ich mir vorstelle, über ein Kinderheim des Lebensborn, in das sie zunächst probeweise aufgenommen und möglichst charakterlich erkannt werden, in deutsche Familien als Pflege- oder Adoptivkinder vermittelt werden.“<sup>14</sup> Vielleicht wußten die deutschen Pflegeeltern nicht einmal, woher die Kinder kamen und was Himmler unter „menschlich richtig“ verstanden wissen wollte. Die Herrschenden des Volkes verstanden bisher immer unter Menschlichkeit etwas anderes als das „gemeine“ Volk. Sie konnten herrschen, solange das Volk den Unterschied nicht merkte. Viele merkten erst, als es zu spät war, daß die Menschlichkeit es

erfordert hätte, sich mit der Widerstandsbewegung gegen den Faschismus zu verbünden. Dem polnischen Volk gestanden die Vertreter des Dritten Deutschen Reiches nicht einmal im Sprachgebrauch eine Widerstandsbewegung zu. Sie bezeichneten sie einfach als „Banden“. Die Frauen wurden als „Bandenfrauen“ abqualifiziert und jugendliche Widerstandskämpfer als verwahrloste „Banditen“, die als „Asoziale“ in „polizeiliche Vorbeugehaft“ kamen, um in das KZ Auschwitz „in Marsch“ gesetzt zu werden oder „zum Schutz der heranwachsenden deutschen Jugend“ in das „Polen-Jugendschutzlager“ kamen. In jedem Fall wurde die Arbeitskraft der bedauernswerten Kinder noch bis zum letzten ausgebeutet – in den Konzentrationslagern wie in den Gettos, in der Zwangsarbeit der Kriegswirtschaft wie in der Landwirtschaft, in den deutschen Haushalten wie in den Sonderlagern. Waren die Kinder noch zu klein, wurden sie im Lager der Mütter festgehalten, um deren Arbeitskraft besser ausbeuten zu können. Unerschöpflich war die Erfindungskraft kommunaler Herrscher. So erklärte sich SS- und Polizeiführer Globocnik scheinbar großzügig bereit, „Bandenfrauen mit Kindern in einem ihm direkt unterstellten Sonderlager Trawniki bei Lublin aufzunehmen und zu beschäftigen“, das vorerst in der Lage sein sollte 1 000 Frauen zu „beherbergen“. Das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) schrieb dazu am 10. Juli 1943 (IV D 5-1118/43 g) an den Kommandostab Reichsführer SS, SS-Standartenführer Rohde, Feldkommandostelle, daß bei Bandenbekämpfungsaktionen und Evakuierungen ständig Frauen und Kinder anfielen, deren Männer freiwillig oder gezwungen bei den Banditen sind. Die Einzelunterbringung der Kinder in besonderen Lagern wäre bisher auf Schwierigkeiten gestoßen, deshalb hätte die Einsatzgruppe B, der Sicherheitspolizei des SD vorgeschlagen, „die Mütter von den Kindern nicht zu trennen, sondern diese Familien in besondere Lager unterzubringen. Die Arbeitsfähigkeit der Frauen könnte dadurch erhalten bleiben, daß jeweils eine Frau die Beaufsichtigung der Kinder übernimmt“. Außerdem sei die „Fluchtgefahr bei Frauen mit kleinen Kindern in fremdem Gebiet erheblich herabgemindert“.<sup>15</sup>

Der ganze Umfang des Elends und der Ausrottungsaktion, der die polnische Jugend und die Kinder zum Opfer fielen, ist nicht mehr feststellbar, da von Partei, Gestapo und SS die entsprechenden Dokumente besonders sorgfältig vernichtet wurden. Nur wenige Dokumente blieben erhalten. Schätzungen besagen, daß ungefähr acht- bis zehntausend Kinder durch das Lager gegangen sind. Die meisten davon sind verschollen. Von den 200 000 polnischen Kindern, die während des Krieges nach Deutschland verschleppt wurden, konnte bisher nur jedes Fünfte gefunden werden. Die Zahl der noch unter uns Lebenden ist unbekannt. Wahrscheinlich kennen die meisten ihre eigene Identität nicht, da man sie als Kleinstkinder ihren Müttern wegnahm und „germanisierte“. Die körperlichen und seelischen Schäden, die die Verfolgung und Angst, die wirtschaftliche Ausbeutung und Unterdrückung bei den Überlebenden bis auf den heutigen Tag verursacht haben, ist weder statistisch faßbar noch durch Wiedergutmachungsgelder oder Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu heilen. Faßbar bleiben wird die Erinnerung und die sich daraus ergebende Politik der Sicherung gegen jede wie auch immer geartete deutsche Ostexpansion.

## Der Widerstand gegen die deutsche Besatzung

Die Widerstandsbewegung der Polen während des Zweiten Weltkrieges war die umfassendste Freiheitsbewegung in der polnischen Geschichte überhaupt. Unter allen von Hitler-Deutschland besetzten europäischen Ländern wurde Polen am wenigsten von den Alliierten durch Waffen und Material unterstützt. Dennoch stellte der polnische Widerstand eine effektive Kraft dar. Die Widerstandskämpfer besaßen eigene geheime Fabriken für automatische Waffen und Munition, wissenschaftliche Laboratorien und Hunderte von Funkstationen, die zum Teil im Untergrund hergestellt worden waren. Sie entwendeten geheime Dokumente und werteten sie technisch aus. Sie gaben Informations- und sogar Fachzeitschriften und Bücher heraus.

In den ersten Monaten des Jahres 1940 waren hunderte Gruppen und Organisationen spontan entstanden, so daß um die Jahreswende 1941/42 die beiden führenden Zentren geschaffen werden konnten: die Polnische Arbeiterpartei (PPR) mit den bewaffneten Partisanenabteilungen der Volksgarde und die Heimatarmee (AK), die der Befehlsgewalt der Londoner Emigrationsregierung unterstellt war.

Der Kampf gegen die deutsche Besatzung war vielfältig. Er reichte von großen Vorstößen der Partisanen bis zu kleinen Sabotageaktionen, von der Kundschaftertätigkeit bis zu dem Schutz des Nachbarn vor Verfolgung. Die Teilnahme an geheimen Lehrveranstaltungen, der Vertrieb von Pressematerialien, Aktionen zur Bewahrung polnischer Menschen vor der Verschickung zur Zwangsarbeit mußten illegal von Widerstandskämpfern organisiert und durchgeführt werden. Alles, was den deutschen Eroberern schadete, war Teil des polnischen Widerstandes. Auf dem Hintergrund einer so breiten Widerstandstätigkeit des Volkes fanden nun die Aktionen der organisierten Widerstandsbewegungen und – als ihr Hauptteil – des bewaffneten Widerstandes statt.

Vom schweren Anfang konspirativer Tätigkeit in Lodz und ihrer Entwicklung bis hin zum organisierten Widerstand in Polen ist hierzulande viel zu wenig bekannt<sup>1</sup>. Viele der Betroffenen sind nicht mehr am Leben oder nach so langen Jahren nur schwer aufzufinden. Ein großer Teil der Beweismaterialien, die von der Geheimorganisation in Archiven gesammelt wurden, ging in den Kriegswirren verloren. Die wenigen Überlebenden sind oft viel zu bescheiden, um über ihre Widerstandstätigkeit zu sprechen. Daß es mir dennoch gelang, dieses Kapitel über den Widerstandskampf in Lodz einzufügen – ohne das der Weg „von Lodz bis Litzmannstadt“ unvollkommen wäre – verdanke ich dem Verband der Kämpfer für Freiheit und Demokratie (Związek Bojowników o Wolność i Demokrację) in Warschau und Lodz. Durch seine Vermittlung lernte ich einige der ehemaligen führenden Kräfte des Widerstandes kennen.

Zu ihnen gehört *Jan Piatkowski*, damals Mitglied der Untergrundorganisation für ganz Lodz. Er berichtete: „Während der Okkupation gründeten wir die Widerstandsorganisation ‚Für Eure und unsere Freiheit‘ im Stadtviertel Lodz-Gurna. Im Vorstand waren nur Linke, Kommunisten und andere. Unsere erste Aufgabe bestand darin, alle zusammenzufassen und für den Kampf vorzubereiten. Im Juni 1940 gründeten wir das Komitee. Wir organisierten Sabotagen und störten den öffentlichen Verkehr. Als die PPR (Polnische Arbeiterpartei) ge-

gründet wurde, gingen wir alle zur PPR, mit deren Hilfe in allen Vierteln der Stadt Widerstandsgruppen entstanden. Der politische Vorstand war die PPR, die bewaffneten Gruppen nannten sich GL, Gwardia Ludowa. Ihr führender Kopf war Oberst Moczar, Kommandeur des zweiten, später des dritten Bezirks der Volksarmee. Verbindungen bestanden auch zur Untergrundbewegung anderer Städte.“

Über die Verbindung zwischen Polen und Deutschen erzählt Jan Piatkowski: „Viele haben sich damals nicht in die ‚Volksliste‘ eintragen lassen, andere haben sich eintragen lassen und Verbindung zu uns gehalten. Polen durften zum Beispiel keine Radioapparate besitzen. Wir hatten aber Verbindung zu einer Familie, die sich in die Volksliste eintragen ließ – ihr Sohn kam daraufhin als Soldat an die Ostfront. Sie vermittelten uns die Radio-Nachrichten. Der Sohn konnte zu den Russen überlaufen und sprang später mit einem Funkgerät vom Flugzeug aus in der Nähe von Lodz ab. Er kam zurück zu uns. Er hieß Leon Burnak. Ein tapferer junger Mensch. Als er von Nachbarn in der Straßenbahn erkannt wurde, erklärte er, er arbeite für die Gestapo. Mit dieser Ausrede gewann er einen kleinen Zeitvorsprung, um in eine andere polnische Stadt zu fliehen. Der ihn erkannt hatte, meldete es sofort den Deutschen. Leon Burnak wurde gefaßt und erschossen. Auch seinen Vater erschossen die Nazis und rotteten bis auf die Mutter die ganze Familie aus.“

Jan Piatkowski, gebürtiger Lodzer, hatte vor dem Krieg als Straßenbahnführer gearbeitet. Bei Kriegsbeginn wurde er Soldat und kam in Gefangenschaft. Er konnte fliehen und ging zurück nach Lodz, wo er wiederum als Straßenbahnfahrer arbeitete. Seinen Straßenbahnwagen mußte er durch das Getto in Lodz fahren. Von seinem Fahrerstand aus sah er unter anderem wie ein Jude an den Gettozaun ging und daraufhin erschossen wurde. Er erlebte aber auch, wie eine Frau während der Durchfahrt durch das Getto aus der Straßenbahn ein Päckchen über den Zaun warf. Er lernte sie später kennen – sie gehörte zum Widerstand. Ihre Gruppe druckte illegal Lebensmittelkarten und versuchte vor allem, den Juden im Getto zu helfen.

Zu den Hauptarbeiten aller Untergrundbewegungen gehörten Sabotage, Diversion, Zersetzungsarbeit, geheime Presse, Suche von gesicherten Wohnungen, ärztliche Hilfeleistung, Lieferung gefälschter Dokumente und Hilfsaktionen für illegale. *Mieczyslaw Sobczyk*, damals Stabschef der Armia Krajowa (AK) in Lodz, erzählte über die Widerstandsarbeit in Lodz: „Im Februar/März 1942 wurde aus vielen kleinen Widerstandsgruppen und verschiedenen Organisationen die Armia Krajowa gegründet mit dem einen Ziel – Kampf gegen die Okkupanten. Ich arbeitete damals als Kassierer der Gaswerke. Anfangs hatten wir in Lodz zwei Widerstandsgruppen, später gab es in der Stadt neun Gruppen. Als Kassierer hatte ich die Möglichkeit, Kontakte herzustellen und Nachrichten zu übermitteln, die in den Betrieben weiterverbreitet werden konnten, vor allem an polnische Arbeiter. Die Betriebe unterstanden deutschen Treuhändern. Auch die Meister waren Deutsche. Wir Polen wurden in bestimmten Stadtvierteln konzentriert, zum Beispiel in Süd-Lodz und Nordbaluti (hinter dem Getto) und in Widzew, da man uns zur Arbeit brauchte. Widerstand zu leisten, war sehr schwer. Er bestand aus vielen Dingen. Er reichte von der Nachrichtenverbreitung bis zur Sabotage. Oft wurden von der deutschen Gendarmerie auf der Straße Verhaftungen vorgenommen, oft Menschen nachts aus ihren

Wohnungen ausgesiedelt. Einmal 5 000 Menschen in einer Nacht. Sie durften nichts mitnehmen. Bei der großen Verhaftungswelle 1941 wurden auch viele unserer Leute vom Widerstand gefaßt. Im Mai/Juni 1942 begann die Polska Partia Robotnicza, (PPR – Polnische Arbeiterpartei), den Widerstand in Lodz zu organisieren. Im Dezember 1943 wurden die meisten Widerstandskämpfer verhaftet. Einigen gelang es, ins Generalgouvernement zu entkommen, darunter Oberst Moczar.“

Der Widerstandskampf ging weiter. Es gab Geheimdruckereien wie die Geheimen Militär-Verlags Betriebe, die neben Flugblättern und Broschüren sogar Bücher in einer Auflagenhöhe von 2 000 bis 3 000 Exemplaren druckten. Sie wurden auf den üblichen Wegen der Geheimen Presse, aber auch durch Vermittlung von Mitgliedern der Organisation der „Kleinen Sabotage“ (Wawer), von Pfadfindern aus den ‚Grauen Reihen‘ und von Funktionären des Hilfsrates der Juden verbreitet. Sie halfen vor allem, die Öffentlichkeit über den Umfang der Verbrechen aufzuklären, die die Okkupanten begingen, und forderten zur Hilfeleistung auf. Mieczyslaw Sobczyk betonte, daß es auch Deutsche gab in Lodz, die den Polen halfen. „Im Gaswerk zum Beispiel war ein Deutscher, der uns mit Lebensmittelmarken unterstützte. Es gab sogar deutsche Meister, die uns als Menschen behandelten.“

Daß es nicht wenige gewesen sein müssen, die in den Polen den Mitmenschen, den Arbeitskollegen, den Nachbarn sahen, zeigen die Warnungen führender Nationalsozialisten, ihre häufigen Reden und Artikel, daß es „keine Gemeinschaft zwischen Polen und Deutschen“ gäbe. Aus Berichten der Kreisamtsleiter wie des Gauamtes für Volkstumspolitik geht hervor, daß noch 1942 „nach wie vor der Abstand zum Polentum nicht genügend gewahrt werde“ und man sich veranlaßt sah, „erneut auf das Verhalten der Deutschen dem Polentum gegenüber und auf die völkische Haltung hinzuweisen“. Es wurden besondere einwöchige Lehrgänge zur Ausrichtung der Ortsbauernführer im Kreis „Litzmannstadt-Land“ durchgeführt, „da das Ostproblem zum wesentlichen Teil von unserer volkspolitischen Haltung abhängt“<sup>2</sup>, hieß es.

Józef Stolarski war der letzte Kommandant der Armia Krajowa (AK) in Lodz. Von ihm erfuhr ich: „Von Anfang an, als die Deutschen einmarschierten, gab es Widerstand. Verschiedene Organisationen, die schon vor dem Kriege existierten, behielten ihre Verbindungen. So kamen Offiziere aus Warschau zu uns, die als Bevollmächtigte von Sikorski den Auftrag hatten, die verschiedenen Organisationen zusammenzufassen. Die größte war die Polnische Militärorganisation (POW)<sup>3</sup>, die schon im Ersten Weltkrieg illegalen Widerstand geleistet hatte und später dabei war, als die deutsche Armee von der Bevölkerung entwaffnet wurde.“

Über seine Aufgabe im Kampf gegen die nazistischen Okkupanten erzählte er: „Erstens ging es darum, militärische Nachrichten zu erhalten und weiterzuvermitteln. Wir erfuhren unter anderem, daß Teile für die V 1 in Lodz gebaut wurden. Diese Nachricht wurde über viele Kanäle nach London weitergegeben. Die zweite Aufgabe war Sabotagen zu organisieren. Eine dritte die ‚Aktion N‘.“ Hierbei handelte es sich um eine spezielle Propaganda, die in der Herausgabe von konspirativen Briefen und Flugblättern in deutscher Sprache bestand. Ihr Ziel war, Verwirrung und Unsicherheit unter den deutschen Okkupanten zu verbreiten mit der Hoffnung, auch bei ihnen einen inneren Wider-

stand und eine moralische Schwächung der Soldaten der deutschen Wehrmacht zu erreichen. Die Flugblätter waren in deutscher Sprache und unterzeichnet mit ‚Deutsche Untergrundbewegung‘.“ Als vierte und wichtigste Aufgabe nannte Józef Stolarski die Herstellung illegaler Schriften. „Bis Ende 1944 gaben wir unregelmäßig Flugschriften heraus, darunter ‚Dziemik Zolnierza‘, ‚Trybuna Ludzi‘, ‚Wolnosć‘, ‚Tygodniowy Informator‘ und ‚Biuletyn Sieradzki‘.“

Reale organisatorische Macht hatten vor allem die Armia Krajowa (Heimatarmee), die Delegatur der Londoner Regierung, die wichtigsten Parteien wie die Polska Partia Robotnicza (PPR, Polnische Arbeiterpartei) und die Gwardia Ludowa (Volksgarde). Daneben gab es auch im Untergrund die verschiedensten Parteien und Organisationen, wie die PPS (Polnische Sozialistische Partei), die Stronictwo Pracy (Partei der Arbeit), die Bauernpartei, die WNR (Organisation ‚Freiheit, Gleichheit, Unabhängigkeit‘) und einige jüdische Verbände, wie den ‚Bund‘ (Jüdische Sozialistische Partei). Im Laufe der Zeit entstanden außerdem in den verschiedenen Städten, vor allem im Generalgouvernement, Abteilungen des Hilfsrates für Juden (Deckname Zegota). Die Untergrundpresse illegaler Militärorganisationen und verschiedener politischer demokratischer Organisationen veröffentlichte unter anderem systematisch Informationen über Ereignisse in den einzelnen Gettos. Größte Verbreitung hatte dabei das Biuletyn Informacyjny. Die katholische sozial-erzieherische Untergrundorganisation ‚Front Odrodzenia Polski‘ (Front der Wiedergeburt Polens) gab allein nach Beginn der Vernichtungsaktion des Warschauer Gettos einen ‚Protest‘ in 5 000 Exemplaren heraus, der in verschiedenen Städten illegal verteilt wurde. Das Organ des ZK der PPR ‚Trybuna Wolności‘ (Tribüne der Freiheit) rief zum Widerstand auf: „... Nur kompromißloser Widerstand in jeder Situation, nur eine aktive Haltung und nicht das passive Warten auf das Massaker kann Tausende und Abertausende retten, auch wenn das Opfer kostet. Möge der in Nowogródek und in anderen Städten bewiesene heldenhafte Widerstand zum Beispiel werden! Dort hat das Heldentum einzelner Tausende der in den Tod Geführten gerettet. Man muß mit Gewalt aus den Gettogrenzen und aus Warschau ausbrechen und in die Wälder gehen, um weiter gegen den Feind zu kämpfen. Man muß der Polizei Widerstand leisten. Möge jedes Haus zu einer Festung werden! Man muß die Transportbegleiter unschädlich machen und zu den Partisanen flüchten. Das ist schwierig, aber möglich. Es ist der einzige Weg zur Rettung. Die Pflicht der Polen ist es, den verfolgten Juden Hilfe zu leisten.“<sup>4</sup>

Die gleiche Stellung nahm ‚Gwardzista‘ (Gardist), Organ des Oberkommandos der Volksgarde, ein: „Den auf bestialische Weise von den entarteten Hitlerschergen verfolgten Juden ist Unterkunft und Hilfe zu leisten. Der Eintritt in die Partisaneneinheiten ist den Juden zu erleichtern, denn nur der aktive Kampf gegen die blutigen Schächer beschleunigt die Befreiung.“<sup>5</sup>

Durch repressive Anordnungen und antisemitische Propaganda versuchte die nazistische Presse, die polnische Bevölkerung von jeder Hilfeleistung für Juden abzuschrecken. „Plakate, Flugblätter, Artikel sollten Polen überzeugen, daß der Jude ein wirtschaftlicher Schädling, ein Schmuggler und Wucherer sei, daß er Überträger von Flecktyphus sei, der Gesundheit und Leben der ‚Arier‘ bedrohe, und daß er am Ausbruch des II. Weltkrieges schuld sei.“<sup>6</sup> Sie hatte wenig Erfolg. Bis auf einige, die versuchten, sich durch Erpressung und Denun-

ziation zu bereichern<sup>7</sup>, organisierten Polen und Juden gemeinsam so weit möglich Hilfsaktionen, kämpften gemeinsam gegen die Okkupanten. So unterstützte die Armia Krajowa unter anderem den Aufstand in Warschau mit Waffen, Munition und durch eine militärische Spezialausbildung<sup>8</sup>.

Hilfe und Widerstand reichten von der einmaligen Unterstützung eines Verfolgteten mit einer Scheibe Brot – diese Geste wurde bereits mit dem Tode bestraft – bis zu den tollkühnsten militärischen Überfällen und Sabotageakten. Sie erstreckten sich auch auf die Erziehung der Kinder und Jugendlichen. Diese schwere notwendige Aufgabe, polnischen Kindern beim Lernen zu helfen, übernahmen Widerstandskämpfer der Gesellschaft der Polnischen Jugend. Einer von ihnen berichtete:

„Bekanntlich sollte unsere Jugend nach dem Plan deutscher Faschisten nicht weiter als bis 100 zählen können. Es fanden sich polnische Lehrer und Pfarrer, die unter großen Gefahren den Schulunterricht heimlich erteilten. Das hört sich so einfach an, aber in der Praxis sah es so aus, daß kleinste Gruppen von Jungen und Mädchen sich in einer Wohnung heimlich trafen, um zu lernen. Ich war vor dem Krieg und während des Krieges Instrukteur der Jugendorganisation Harcerze. Wir organisierten, daß sich 5 bis 10 Schüler in Wohnungen trafen, die auch immer wieder gewechselt werden mußten. Es wurde das Pensum der Grund- und Mittelschule absolviert – der Unterricht wurde nach dem Krieg anerkannt. Auch die Eltern bildeten eine eigene Organisation. Außerdem hatten wir eine größere Gruppe junger Menschen zwischen 10 und 17 Jahre, die sich während des Krieges Szare Szeregi, das heißt Graue Reihe, nannte. Bei ihr handelte es sich um bewaffnete Jugendgruppen. Ihr Ziel war: 1. Lernen, 2. Kämpfen, 3. Vorbereiten auf die Nachkriegszeit.“

*Jozef Rzetelski* war damals Stabschef der Gwardia Ludowa (GL = Volksgarde) in Baluty. Er ist ebenfalls gebürtiger Lodzler und altes Gewerkschaftsmitglied. Während des Krieges kam er als Kriegsgefangener nach Greifswald in das Stammlager II c (Stalag II c)<sup>9</sup>. Irgendwie war es ihm dort möglich, illegale Briefkontakte aufzunehmen. 1942 gelang ihm die Flucht. Er schlug sich zurück nach Lodz durch und kam zur Widerstandsorganisation der Polska Partia Robotnicza. „17mal mußte ich als Illegaler den Wohnsitz wechseln“, erzählte er. „Mein Bruder gab mir seinen Ausweis und ließ sich einen neuen ausstellen. Er erklärte, er hätte seinen verloren. Wenn es herausgekommen wäre, hätte es uns beide den Kopf gekostet.“ Über seine Aufgabe in der Widerstandsbewegung erklärte er: „Wir mußten versuchen, Munition zu beschaffen, planten Aktionen, instruierten die Organisation der jungen Promeni und leiteten ihre Aktionen. Die PPR hatte eine Abteilung, die mit Waffen ausgerüstet war. Am 18. April 1943 fanden Verhaftungen in der Stadt statt. Wir erfuhren, daß auch in den nächsten Tagen Verhaftungen geplant waren. Unsere Jungen wollten das verhindern und zeigen, daß ihre Organisation lebt. Sie machten einen Überfall auf ein Waffengeschäft, um in den Besitz von Waffen zu gelangen. Das war am 20. April 43. Sie holten Pistolen und Munition heraus für eine für den 6. Mai geplante Aktion. Bei dieser Aktion kam es zu einem heftigen Kampf zwischen den Jungen und der deutschen Gendarmerie. Sieben Jungen sind dabei gefallen, die anderen haben sich bis nach Warschau durchgeschlagen.“

Nach den Verhaftungen wollte sich eine Gruppe von 25 Mann in die Wälder von Lublin durchschlagen. Sechs von ihnen wurden verhaftet, darunter Stabs-

chef Rzetelski. Sie wurden zur Gestapo in Lodz gebracht. Nach tagelangem Verhör schickte man sie in das Konzentrationslager Mauthausen. Josef Rzetelski mußte in einem Nebenlager am Loiblpaß arbeiten, wo er sehr bald wieder eine illegale Widerstandsgruppe als Stabschef führte. Er selbst sagt darüber nur: „Die Konzentrationsläger hatten dort eine Widerstandsgruppe. April/Mai 1945 nahmen wir der uns bewachenden SS die Gewehre ab. Wir gründeten eine neue Internationale Organisation. Über sie wurde das Buch ‚Kompanie Starego‘ geschrieben – von Jerzy Woydyllo.“